Berliner · Anzünder ·

2/72 preis: 50pf., Westgermanien: 60pf. DDR: 2jahre knast, linie: ernst und parteiergreifend

Georg von Rauch-HAUS



Kampf um das Georg von Rauch-Haus

Am 19.4.72 befahl der rechte SPD-Flügel um Innensenator Neubauer einen Polizeiüberfall auf die Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter des Georg von Rauch Hauses. 800 Polizisten waren an dieser geplanten Nacht- und Nebelaktion "Schlafsack" beteiligt.
Unter fadenscheinigen Begründungen wurden 28 Bewohner des Hauses festgenommen. Von ihnen mußten 23 bereits wieder bis zum Nachmittag entlassen werden, weil die Vorwürfe unhaltbar waren.
2 Jugendliche befinden sich z.Zt. noch in Haft.
7 Jugendliche haben in der Zwischenzeit ihre Arbeitsstellen verloren, weil sie nach der Polizeiaktion entlassen wurden.

DAS KOLLEKTIV DES GEORG VON RAUCH HAUSES STARTETE SOFORT EINE BREITE ÖFFENTLICHKEITSKAMPAGNE, IN DER DIE BRUTALITÄT DES POLIZEIÜBERFALLS ENTHÜLLT WURDE UND DIE ZU EINER WELLE VON SOLIDARITÄTSERKLÄRUNGEN FÜHRTE. DAMIT WAR DAS ZIEL DIESES ÜBERFALLS, DIE SELBSTORGANISATION DER JUGENDLICHEN ZU ZERSCHLAGEN UND DAS RAUCH HAUS ZU LEQUIDIEREN, NICHT ERREICHT WORDEN!

SIE WOLLEN UNS AUF DIE STRASSE SETZEN!

Im Kreuzberger Georg von Rauch-Haus wohnen Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler und Trebegänger(entlaufene Heimzöglinge). Wir haben in den 6 Monaten, seitdem wir das Haus haben, festgestellt, daß wir unser Leben selbst bestimmen können.
Am 2. JUNI soll das Abgeordnetenhaus auf einen Dringlichkeitsantrag der CDU hin beschließen, daß das Haus umgehend geschlossen werden soll.
W A R U M ?
A U S A N G S T !
A U S A N G S T V O R U N S ,
weil sie gesehen haben, daß wir unser Leben selbst bestimmen können, weil sie sehen, daß es auch ohne sie geht. Daß es nur ohne sie besser geht!
Sie wollen uns dahin zurückschicken, wo wir herkommen:
In die Erziehungsheime, auf die Straße, auf den Strich, an die Fixe.
Der linke SPD-Flügel gibt vor, unsere Arbeit zu unterstützen.
Das ist nur Heuchelei. Sie haben immer nur Bedingungen und Forderungen an uns gestellt. Wir sollen ihnen jeden Monat einen Bericht abliefern über unser Leben, was wir machen und wo wir herkommen.
WIR WOLLEN WIE JEDER ANDERE MENSCH IN UNSEREM HAUS WOHNEN KÖNNEN, OHNE DEN BEHÖRDEN EINE RECHENSCHAFT ABLEGEN ZU MÜSSEN!
Womit haben sie uns geholfen!
Mit den Bestellscheinen für Lebensmittel und Kleidung konnten wir nicht das tun, was für uns notwendig gewesen wäre. Das, womit wir uns hätten einrichten und entwickeln können, haben sie uns NICHT gegeben. Unsere Forderungen werden nur mit Gegenforderungen beantwortet. Sie setzen uns einen Zaun im Werte von 6 000 DM vor die Nase und schicken uns die Polizei ins Haus. Da der Polizeiüberfall auf unser Haus keine Gründe zur Schließung liefern konnte, läßt die CDU-und Neubauerklicke keine Mittel unversuch, ihr Ziel zu erreichen!
Ilse Reichel stellt uns Bedingungen, die sie damit begründet , sich vor Neubauer rechtfertigen zu müssen.
DIESE BEDINGUNGEN SIND DER HOHN, da sie die Erfahrungen, die wir in der Selbstorganisation unseres Lebens gemacht haben, vollkommen unbeachtet lassen. Sie versucht uns zu erpressen und uns in ein Experiment für Heimerziehung zu verwandeln.
ENTWEDER WIR ERFÜLLEN DIE BEDINGUNGEN, ODER DAS HAUS WIRD GESCHLOSSEN!

Die Schließung des Hauses soll ein abschreckendes Beispiel für alle Menschen sein, die ihr Leben in einer Gemeinschaft selbst bestimmen wollen.
Jedem, der am Beispiel des Rauch-Hauses erkannt hat, daß es anders geht als bisher, sollen die "Illusionen" geraubt werden, daß es auf diesem Wege möglich ist.
DESHALB WERDEN UND DÜRFEN WIR DAS HAUS AUF KEINEN FALL KAMPFLOS AUFGEBEN!

Wir wollen nicht, daß unsere Arbeit zerstört wird, daß 60 Jugendliche ihre Wohnung verliehren und in die alten Verhältnisse zurückmüssen, die für uns die Hölle bedeuten.
WIR HABEN DAS HAUS GENOMMEN, WEIL WIR ES BRAUCHEN UND WEIL WIR ES BRAUCHEN, WERDEN WIR ES VERTEIDIGEN.
Wir werden am 1. JUNI (17 Uhr)eine Informationsveranstaltung am MARIANNENPLATZ machen.
Wir werden am 2. JUNI (17 Uhr,U-Bahn Mehringdamm) eine DEMONSTRATION für die Erhaltung des Rauch-Hauses durchführen.

WIR RUFEN ALLE AUF, UNS ZU UNTERSTÜTZEN!

Kollektiv
Georg v. Rauch-Haus

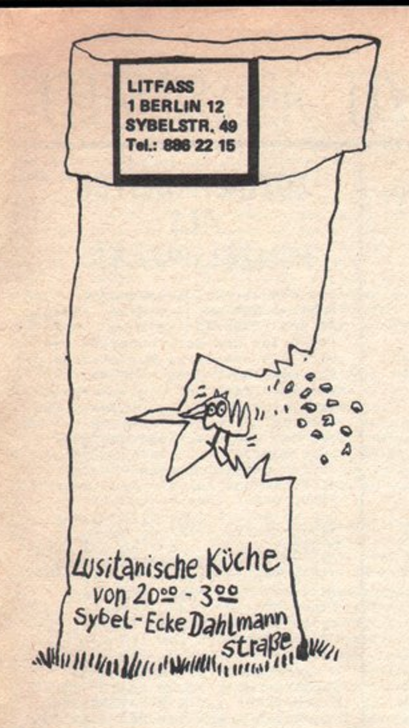
ERNEUTER ANSCHLAG AUF DAS RAUCH-HAUS

Jetzt versucht die Politische Polizei einen weiteren Schlag gegen das Kollektiv zu führen. Sie verlangt von den 3 Sozialarbeitern, die bis zum 15.4. im Kollektiv Legalisierungsarbeiten machten, Aussagen und das Bezirksamt Kreuzberg unterstützt diese Spitzelfunktionen.
Legalisierungsarbeiten macht jeder Sozialarbeiter in dedem Jugendamt an jedem Tag. Deshalb ist jeder davon betroffen.



ES DARF NICHT LÄNGER ZUGELASSEN WERDEN, DASS SOZIALARBEITER GEZWUNGEN WERDEN, VOR DER POLIZEI UND DEM JUSTIZAPPARAT AUSSAGEN ÜBER DIE BEVÖLKERUNG ZU MACHEN.
Diese Aussage kann erteilt werden aufgrund des § 27 Landesbeamtengesetz:

"Der Beamte darf ohne Genehmigung über solche Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung, als Zeuge auszusagen, darf nur versagt werden, wenn die Aussage dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten oder Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würde."



Fabrikdirektor von Arbeitern im Büro gefangengesetzt

Paris (dpa). Aus Protest gegen die Entlassung von 50 Arbeitern haben Personalvertreter einer Firma bei Mülhausen (Elsaß) den Direktor in dessen Büro eingeschlossen. Sie wollen ihn erst dann wieder freilassen, wenn die Kündigungen rückgängig gemacht worden sind. Von der Firmenleitung verlangten sie außerdem, daß der Direktor abgelöst wird. Tsp. 4.5.

Unter Wasser gesetzt

HANNOVER, 19. Mai

Eine mutwillig herbeigeführte Überschwemmung in einem Gymnasium der niedersächsischen Landeshauptstadt hat die Schule für mehrere Wochen unbenutzbar gemacht. Nach Angaben der Polizei stiegen Unbekannte in die Schule ein, verkitteten die Abflußrohre der Waschbecken in den Klassenräumen und drehten die Wasserhähne auf. Der Schaden wird auf eine Höhe von mehr als einer Million DM geschätzt. Die Stadtverwaltung von Hannover, die Schüler als Täter vermutet, hat 20 000 Mark Belohnung ausgesetzt. Abend 19.5.72

Wir meinen:

Die Unterstützung von Jugendlichen beim Aufbau einer neuen kollektiven Lebenspraxis ist Erfüllung "öffentlicher Aufgaben"! Denn durch wen anderes denn durch die konkreten Interessen der Bevölkerung (in diesem Fall der Jugendlichen des Georg-von-Rauch-Hauses) müssen die öffentlichen Aufgaben definiert werden? Daß in der Realität öffentliches Interesse mit dem Interesse des Staatsapparates gleichgesetzt wird, zeigt sich mit der Genehmigung der Aussage, die praktisch Aussagezwang bedeutet.

Im Falle der Verweigerung der Aussage drohen dem Sozialarbeiter bis zu 6 Monate Beugehaft, Disziplinarverfahren und evtl. Entlassung aus dem Dienstverhältnis.

Informationen nach oben können somit jederzeit erzwungen werden, während gegenüber der Bevölkerung eine generelle Schweigepflicht besteht.

Damit wird der objektive Charakter der staatlichen Sozialarbeit deutlich: Sie dient eindeutig den Interessen des Staatsapparates und nicht denen der Bevölkerung.

Eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Sozialarbeiter ist nicht möglich, solange er je nach Bedarf gezwungen werden kann, die ihm anvertrauten Informationen in Spitzelfunktion für Staatsapparat und Polizei weiterzugeben.

Im Falle des Jugendkollektivs 'Georg-von-Rauch-Haus' läßt sich eindeutig nachweisen, daß die drei früher dort tätigen Sozialarbeiter durch die Erteilung der Aussagegenehmigung zu dieser Spitzelfunktion gezwungen werden sollen. Obwohl die Begründung für die Aussagegenehmigung sich inzwischen als unhaltbar erwiesen hat - die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlung wegen des Mordfalles in Gatow fallen lassen müssen - behauptet Stadtrat Beck, diese Aussagegenehmigung diene nur dem Schutz der Jugendlichen vor dem Vorwurf der kriminellen Handlung.

Das bedeutet also:

Nicht kriminelle Delikte sollen aufgeklärt werden, sondern eine politische Kontrolle über die Jugendlichen soll ausgeübt werden, um auf diese Weise Gründe zu finden, für die Liquidation der Selbstorganisation der Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler.















MASSENHAFTER PROTEST IM RATHAUS

Massenhaft erschienen ca. 500 Jugendliche, Sozialarbeiter und Studenten am 15.5. im Bezirksamt Kreuzberg, um vom Bürgermeister Abendroth die Rücknahme der Aussagegenehmigung zu fordern.

Mit widersprüchlichen und falschen Behauptungen versuchen der Bürgermeister und sein Jugendstadtrat Erwin Beck die Anwesenden für dumm zu verkaufen und ihren wahren Standpunkt zu verschleiern.

Sie behaupten, um zunächst bei den Sozialarbeitern eine Basis zu finden, auch sie unterstützen grundsätzlich den Kampf für eine Aussageverweigerungsrecht für Sozialarbeiter.

Da aber, wo sie gefordert werden, ihre Haltung im Interesse der Öffentlichkeit zu bekunden, enthüllen sie ihre eigentlichen Absichten. In "Abwägung der Interessen" haben sie entschieden, die Interessen der Sozialarbeiter, Studenten, aller Erzieher und vor allem der Jugendlichen im Rauchhaus im Interesse der Politischen Polizei zu verraten.

Mit Polizeischutz im Hintergrund sind sie nicht bereit, den Forderungen der Versammlung nachzukommen:

- Sie nehmen die Aussagegenehmigung nicht zurück.
- Sie schließen sich den breiten Solidaritätskampagnen nicht an.
- Sie sind nicht einmal bereit, auf eine beamtenrechtliche Disziplinierung der Sozialarbeiter zu verzichten, wenn diese die Aussage verweigern.

Statt dessen hält man die Leute hin, will erst am Freitag, 19.5. um 12.00 Uhr, zu einer Antwort kommen.

Diese Diskussion hat für alle unmißverständlich deutlich gemacht, daß man grundsätzlich nicht bereit ist, die Aussagegenehmigung zurückzuziehen.

Bezirksamt und Politische Polizei beabsichtigen, aus den drei Sozialarbeitern Informationen herauszuquetschen, die ihnen eine endgültige Handhabe zur Liquidierung des Georg-von-Rauch-Hauses geben.

TEACH-IN IN DER TU

Am Mittwoch, dem 17. Mai folgten mehr als 1000 Jugendliche, Sozialarbeiter und Studenten dem Aufruf zu einem Informations-Teach-In in der TU über die Vorgänge im Georg-von-Rauch-Haus und die Erteilung der Aussagegenehmigung für die Sozialarbeiter.



Eindrucksvoll berichteten die Jugendlichen und die 3 Sozialarbeiter über ihre Arbeit im Georg-von-Rauch-Haus.
Die Teilnehmer des Tech-In solidarisierten sich einstimmig in einer Resolution an das Bezirksamt Kreuzberg, in der sie die sofortige RÜCKNAHME DER AUSSAGEGENEHMIGUNG fordern.

BEZIRKSVERORDNETEN-VERSAMMLUNG

BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG IM RATHAUS KREUZBERG AM 18.5.1972

Viele Jugendliche, Sozialarbeiter und andere Betroffene wollten sich persönlich überzeugen, ob die gewählten Volksvertreter ihre Interessen tatsächlich vertreten würden.

Obwohl diese Sitzungen öffentlich sind, wurden viele Jugendliche mit Polizeigewalt daran gehindert teilzunehmen.
Bereits am Eingang entschieden ein starkes Polizeiaufgebot und Ordner des Bezirksamtes willkürlich darüber, wer ins Rathaus hineingelassen wurde.
KEINER DER BEZIRKSVERORDNETEN WAR BEREIT GEWESEN, DIE FORDERUNG NACH ZURÜCKNAHME DER AUSSAGEGENEHMIGUNG, AUF DIE TAGESORDNUNG ZU BRINGEN.

Da es im Interesse der Öffentlichkeit lag, diese Diskussion zu führen, was von den Volksvertretern unberücksichtigt blieb, wurden die Jugendlichen, Studenten und Sozialarbeiter auf der Tribüne herausgefordert diesen Punkt selbst zur Sprache zu bringen.
Sie bildeten Sprechchöre:

WIR FORDERN DIE ZURÜCKNAHME DER AUSSAGEGENEHMIGUNG!!!!

Auch die Bezirksverordneten entzogen sich einer Stellungnahme. Sie verschanzten sich hinter ihrer Geschäftsordnung.

Daraufhin verließen die "Volksvertreter" den Saal und bewiesen damit, daß sie gegen die Interessen der Bevölkerung arbeiten.

RATHAUS KREUZBERG VON POLIZEI ABGERIEGELT!

FREITAG, 19. MAI:

10°° Polizei beginnt mit der Besetzung des Rathauses Kreuzberg.

10³⁰ Polizei schließt alle Eingänge des Rathauses Kreuzberg.

11°° Bürgermeister Abendroth und Stadtrat Beck befehlen ein starkes Polizeiaufgebot zur Besetzung mehrerer Flure des Rathauses.

11³⁰ Polizisten springen mit Schutzhelmen und Schutzschilden von mehreren Mannschaftswagen zur Verstärkung der Polizeikette.

12°° Polizei schließt einen dichten Gürtel um den Haupteingang des Rathauses Kreuzberg.

Die Bevölkerung wird scharf kontrolliert. Sie begegnet einer feindlichen Haltung bei den Polizisten und einigen Beamten des Bezirksamtes, die als Hilfspolizisten von Bürgermeister Abendroth eingesetzt wurden.

SPONTANER STREIK DER SOZIALARBEITER IM RATHAUS

Die Sozialarbeiter im Rathaus sind über diesen Terror gegen die Bevölkerung empört.
Spontan versammeln sie sich und fordern von Stadtrat Beck und Bezirksbürgermeister Abendroth den sofortigen Abzug der Polizei.
Beck und Abendroth lehnten jede Diskussion ab und drohten disziplinarische Maßnahmen an, wenn die Sozialarbeiter nicht sofort an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten.
Die Sozialarbeiter aber weigerten sich entschieden, unter diesen, die Bevölkerung diskriminierenden Maßnahmen, ihre Sprechstunden abzuhalten.

In Sprechchören forderten sie den Abzug der Polizei und vertraten damit eindeutig die Interessen der Bevölkerung gegen Bürokratie und Staatsgewalt.

SOZIALARBEITER ALS POLIZEISPITZEL

Vor dem Rathaus standen 200 - 300 Sozialarbeiter, Erzieher, Pädagogen und Kindergärtnerinnen. Sie forderten vom Bezirksamt Kreuzberg die sofortige Zurücknahme der Aussagegenehmigung. Das Bezirksamt Kreuzberg hat diese Aussagegenehmigung für 3 Sozialarbeiter erteilt. Die Politische Polizei hat die Aussagegenehmigung gefordert. Die Sozialarbeiter sollen der Politischen Polizei alles sagen, was sie in 4 monatiger enger Zusammenarbeit von und über die Jugendlichen des Rauch-Hauses erfahren haben.
Dagegen wehren sie sich und haben die solidarische Unterstützung von mehreren Tausend Sozialarbeitern, Pädagogen, Erziehern, Kindergärtnerinnen, Lehrern, Dozenten, Pfofessoren, Jugendlichen und weiteren Teilen der Bevölkerung.
Bürgermeister Abendroth und Stadtrat Beck haben Angst. Sie haben Angst vor der Bevölkerung. Sie haben Angst vor den scharfen Argumenten politisch bewußter und aktiver Jugendlicher, mit deren selbstorganisierter Arbeit im Georg-von-Rauch-Haus sich Sozialarbeiter, Erzieher, Kindergärtnerinnen und Pädagogen solidarisierten. Sie haben Angst vor einer Kritik ihrer Entscheidungen. Sie flüchten am Freitag in ihre Zimmer und ließen sich von Polizisten bewachen.

Solidaritätskomitee
des Georg-von-Rauch-Hauses

Eltern-Kinder-Gruppen mit Polizei vertrieben

Seit zwei jahren stehen im ehemaligen Bethanien-Krankenhaus in Kreuzberg hunderte von räumen leer - unbenutzt, aber beheizt und in bestem zustand.
Über 1 200 kinder stehen auf den wartelisten für kindertagesstätten in Kreuzberg!
Im obdachlosenheim müssen neun personen auf einem raum von 32 qm leben.
Es bildeten sich eltern-kinder-gruppen, in denen eltern gemeinsam mit helfern die kinder betreuen, um sie von der strasse zu holen. Zwei dieser gruppen: gruppe "Kette", seit ende januar 1972, und gruppe "Eulenspiegel", seit oktober 1971 tätig, beantragten beim Bezirksamt Kreuzberg zuteilung von räumen für ihre kinderarbeit im leerstehenden Bethanien und erreichten durch hartnäckigen einsatz, dass der Staats- und Domchor zugunsten der kreuzberger kinder darauf verzichtete, in Bethanien räume zu erhalten.

Diese räume und das gelände des ehemaligen krankenhauses, mit grossen rasenflächen und alten bäumen, eignet sich ausgezeichnet für den aufbau von spielplätzen und projekten mit kreuzberger arbeiter- und gastarbeiterkindern. Doch das bezirksamt vergibt die räume anders. Die gruppen erfahren dies - aus der presse...

Die gruppen wissen sich nicht mehr anders zu helfen, als eine seit zwei jahren ungenutzt stehende kita in Bethanien zu benutzen, denn die asylkinder bedürfen dringend der schulischen förderung, und ander können sie sie nicht erhalten.

Drecksarbeit für die Bullen

Das Bezirksamt Kreuzber ruft die bullen, die hier wieder einmal die drecksarbeit für eine unfähige bezirksverwaltung zu machen hat. Die gruppen werden mit polizeieinsatz aus den räumen vertrieben. Andere räume erhalten sie nicht. Es erscheint der stinkenden bürokratie und den "volksvertretern" im kreuzberger rathaus nützlicher, die räume weiterhin leer stehen zu lassen, weiterhin zu beheizen, instand zu halten und die kosten dem bürger aufzuhalsen.

Das widerspricht dem art. 14, absatz 2 des Grundgesetzes: "Eigentum verpflichtet, sein gebrauch soll zugleich dem wohle der allgemeinheit diemen."

Die betreuer Renate Blos vom "Eulenspiegel" und Ingo Quirin von der "Kette" erhalten strafanzeige wegen hausfriedensbruch.

* "NIMM DAS, WEISSER!"

Schwarzes Zellen-Kader versucht einen gewissen Bürgermeiste Abendbrot von der Notwendigkeit der Revolution zu überzeugen.

Resolution gegen Aussagegenehmigung und Kriminalisierung

Diese Resolution wurde am 12.5. in einer Hauptvorlesung der Diplom-Pädagogik-Studenten an der PH mit 700 Teilnehmern, am 17.5. in einer Vollversammlung aller PH-Studenten gegen politische Disziplinierung mit 70 Teilnehmern und am 17.5. im teach-in in der TU gegen die Erteilung der Aussagegenehmigung mit etwa 1 000 Teilnehmern jeweils mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Eine ähnliche Resulution aus Bremen wurde von Dr. Johannes Beck (Erziehungswissenschaftler), Prof. Ruth Salffner (Erzihungswissenschaftlerin), Prof. Annelie Keil (Sozialpädagogin) und Ass.-Prof. Rudolph Bauer (Sozialpädagoge) unterzeichnet.

Nach dem Versuch, das Kollektiv des Georg-von-Rauch-Hauses als sozialpädagogisches Modell in die sogenannte Reformpolitik des Senats für Jugend und Sport zu integrieren, gescheitert war, versuchte man, durch den brutalen Polizeieingriff am 19.4.72 unterfadenscheinigen Gründen die Selbstorganisation der Jugendlichen zu zerstören.
Diese Nacht-und-Nebel-Aktion stellte den Höhepunkt einer Kette von Kriminalisierungsversuchen dar, durch die die Jugendlichen in ihren Aktivitäten gelähmt und ihrer Basis in der Kreuzberger Bevölkerung beraubt werden sollten. Obwohl das Lügengebäude, das als Vorwand für den Überfall diente, inzwischen vollkommen zusammengebrochen ist, wird weiter versucht, die Auflösung des Kollektivs voranzutreiben. Diesem allgemeinen Zweck dient auch die sogenannte Aussagegenehmigung für die drei Sozialarbeiter, die in Wirklichkeit ein Aussagezwang ist. Dadurch, das dem Sozialarbeiter ein Aussageverweigerungsrecht nicht zugestanden wird - auf der anderen Seite unterliegt er aber einer Schweigepflicht gegenüber der Bevölkerung - wird seine Funktion als Handlanger des Staatsapparats deutlich.
Bei dem go-in am Montag (dem 15.5.; d. Red.) im Rathaus Kreuzberg behauptete Stadtrat Beck, diese Aussagegenehmigung diene nur dem Schutz der Jugendlichen vor dem Vorwurf der kriminellen Handlungen. Da die Begründung für die Aussagegenehmigung sich inzwischen als unhaltbar erwiesen hat - die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen wegen des Mordfalls in Glatow (ein Toter bei nächtlichem Bombenanschlag auf ein britisches Bootshaus anläßlich des Massakers irischer Demonstranten; d.Red.) und des Bombenanschlags auf das BVG-Hauptgebäude, sowie wegen Urkundenfälschung fallen lassen müssen - ist diese Behauptung eine Unverschämtheit.

Hier werden nicht die Interessen der Jugendlichen, sondern die des Staatsapparates und der politischen Polizei wahrgenommen, deren Ziel es ist, gerade die Selbstorganisation von Jugendlichen zu zerschlagen.

Es ist also klar, daß die Jugendlichen nicht vor dem Vorwurf der Kriminalität geschützt werden müssen, sondern davor, daß mit aller Macht versucht wird, ihre Selbstorganisation zu liquidieren. Wir fordern daher die sofortige Zurücknahme der "Aussagegenehmigung" für die drei Sozialarbeiter.

Ebenso fordern wir, daß Leute, die im staatlichen Dienst "das Interesse der Jugendlichen" vertreten, den Kampf um das generelle Aussageverweigerungsrecht für Sozialarbeiter unterstützen.

Solidaritätskomitee
Georg-von-Rauch-Haus

Abend, 27.4.72

Gestern abend [illegible] in der Deutschen Oper die „Bohemé"-Aufführung [illegible] Zeit unterbrochen [illegible], als ein junger [illegible] vom Rang ins Parkett warf und Parolen in den Saal rief. Ob der Zwischenfall mit dem vorgesehenen Cossotto-Gastspiel in Zusammenhang steht, war nicht zu erfahren.

Hier irrt der "Abend"! Ein genosse warf einige exemplare des "Berliner Anzünder" ins parkett und rief: "Mandel an die Freie Universität!"

Wir veröffentlichen hier das unwesentlich gekürzte manuskript des vortrags der drei sozialarbeiter des Georg-von-Rauch-Hauses zum "Kampf für das Aussageverweigerungsrecht", gehalten im TU-teach-in am mittwoch, den 17.5.1972.

Für Aussageverweigerungs-Recht!

Die frage unseres einstiegs in das Rauch-Haus als sozialarbeiter hing davon ab, ob wir in der lage sein können:

1. uns über einen mehrmonatigen zeitraum hinweg dem kontroll- und disziplinierungsauftrag zu entziehen, bzw. ihn zu unterlaufen;

2. wie wir die interessen der jugendlichen durchsetzen helfen können.

Wir wollten das projekt nicht unterstützen, um dort eine arbeit mit randgruppen durchzuführen, sondern weil das Rauch-Haus den bereits im Jugendzentrum Kreuzberg politisch aktiven jugendlichen die möglichkeit geben sollte, in wohnkollektiven ihre reproduktionsbasis zu verbessern und die politische arbeit zu intensivieren.

Das bezirksamt jedoch dah diese arbeit als randgruppenarbeit an und hatte ein interesse daran, leute in das projekt zu delegieren, die über ihren berufsauftrag verpflichtet werden können, informationen über die jugendlichen des Rauch-Hauses an die bürokratie weiterzuleiten. Nachdem die senatsverwaltung ihre bereitschaft zur unterstützung des projekts deutlich gemacht hatte, war klar, dass bezirksamt und senat das projekt als reformmodell zur beschissenen heimsituation ausbauen wollten. Das bezirksamt war sich darüber klar, dass die jugendlichen nur sozialarbeiter akzeptieren würden, die sie bereits kannten, andrerseits gezwungen war, auf politisch unbequeme leute zurückzugreifen. Sie riskierten das, weil sie mit recht davon ausgehen konnten, dass wir aufgrund unserer bindung an den beamtenstatus gezwungen werden können, genau die informationen über das haus weiterzuleiten, die die sozialbürokratie braucht, um das projekt als "sozialexperiment" in der hand zu behalten.

Sozialarbeiter sind deshalb dazu genau die richtigen, weil sie ununterbrochen informationen über die bevölkerung sammeln, die dazu benutzt werden, sie so in das system einzupassen, dass sie als gut verwertbare arbeitskräfte funktionieren. Wenn sie sich den forderungen der sozialarbeiter entziehen, werden sie durch zwangsmassnahmen, wie heimerziehung, jugendstrafe usw. diszipliniert und durch die erziehungs- und strafanstalten kriminalisiert.

Die bürokratie brauchte unsere informationen, um jederzeit einen überblick über die innere struktur des hauses zu haben und alle aktivitäten der jugendlichen kontrollieren zu können. Auf dieser grundlage wollte sie einschätzen, ob das projekt politisch unbequem ist und deshalb fallengelassen wird.

Auf der anderen seite stand das interesse der jugendlichen, die sich auf keinen fall vom bezirksamt oder senat kontrollieren lassen wollten.

Wir hatten zunächst eine direkte mitarbeit im Rauch-Haus ausgeschlossen, da wir unter den bedingungen als beamtete sozialarbeiter keine möglichkeit sahen, in kollektiver arbeit mit den jugendlichen ausschliesslich deren interessen zu vertreten. Ausserdem konnte das bezirksamt auf unsere forderungen nach unkontrollierter zusammenarbeit mit dem Jugendzentrum und dem Rauch-Haus nicht eingehen, weil es nicht die interessen der arbeiterjugendlichen, sondern die des staatsapparates vertritt, und nur auf politischen druck hin zu zugeständnissen gezwungen wird.

Den ausschlag für den beginn unserer direkten mitarbeit im kollektiv gab schliesslich das drängen des kollektivs selbst...

Der widerspruch, in dem wir uns von anfang an befanden, bestand darin, dass wir einerseits für die sozialbürokratie eine alibifunktion wahrnehmen sollten, anrererseits gewillt waren, ausschliesslich die interessen der jugendlichen zu vertreten.

Uns war also zweierlei klar:

1. Während der arbeit im Rauch-Haus werden sich immer das interesse von bezirksamt und senat an einem kontrollierbaren und damit politisch ungefährlichen, für die SPD aber nützlichen reformprojekt, und das interesse der Arbeiterjugendlichen an einer selbständig organisierten praxis, die perspektivisch auf den kampf gegen kapitalistische ausbeutung und unterdrückung gerichtet ist, gegenüberstehen.

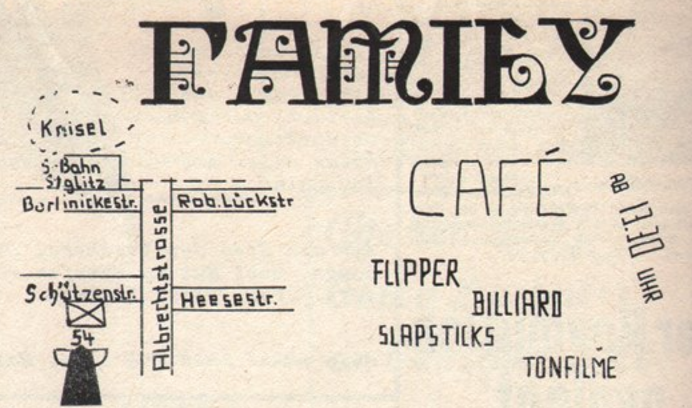
2. Wenn wir die jugendlichen überhaupt unterstützen wollen, müssen wir deren bedürfnis nach weitgehendem schutz vor kontrollierenden eingriffen des verwaltungsapparates realisieren helfen. Für uns konnte das nur bedeuten, dass wir genau dort unseren anftrag als sozialarbeiter nicht erfüllen, wo es die sozialbürokratie überhaupt nur von uns erwartet.

Das interesse der sozialbürokratie ist es, über die jugendlichen informationen zu erhalten: wie sie heissen, ob sie zur schule und zur arbeit gehen, was sie in der freizeit machen, ob sie auflagen nachkommen, ob sie unangenehm auffallen, ob sie sauber sind, sich regelmässig waschen usw.

Das interesse der jugendlichen ist es, alle diese informationen nicht zu geben, sondern von den sozialarbeitern informationen darüber zu erhalten, warum sie als ungelernte arbeiter schwerer einen arbeitsplatz finden als ein facharbeiter, warum sie nicht kollektiv in die schulen gehen können, warum sie erst lange formulare ausfüllen müssen, wenn sie anspruch auf ausbildungshilfe, arbeitslosenunterstützung oder sozialhilfe haben, warum sie nur allein und nicht in gruppen mit behördenvertretern sprechen dürfen usw.

...

Die konkreten aufgaben unserer arbeit bestimmten sich aus der interessenlage der jugendlichen. Sie erwarteten von uns eine schnellstmögliche und zielstrebige durchsetzung ihrer interessen an der legalisierung ihrer neuen lebensverhältnisse. Es war dabei notwendig, gespräche mit eltern, vormündern, sozialarbeitern anderer jugendämter, vormundschaftsgerichten, bewährungshelfern, schulen, arbeitsämtern usw. zu führen und sie bei der beschaffung von ausweisen und arbeitspapieren zu unterstützen.



Unsere aufgaben mussten also darin bestehen, unsere kenntnis über den charakter und die funktion der bürokratischen apparates für die durchsetzung der interessen der jugendlichen zu nutzen und, im gegensatz zu unserer bisherigen jugendamtspraxis, kollektive arbeitsmethoden anzuwenden.

...

Diese praxis führte schliesslich dazu, dass das Bezirksamt Kreuzberg uns immer häufiger und fordernder auf unsere pflichten nach der GGO, auf unser dienst- und treueverhältnis zum land Berlin und die disziplinarischen folgen unseres handelns hinwies. Hier einige beispiele:

1. Durchsetzung der forderung, dass das gesundheitsamt zum haus ständig zutritt erhält - heimleiterfunktion.

2. Auftrag, über ein kleinkind einen bericht zu schreiben, da das bezirksamt das kind aus dem haus haben und in ein heim unterbringen wollte.

3. Aufstellung eines zaunes (am haus durch das bezirksamt) und abbau durch die jugendlichen: Erwartung des bezirksamts von uns, dass wir den abbau verhindern (CDU-anfrage).

4. Anordnung einer dienstbesprechung mit der forderung, alle anderen termine ausfallen zu lassen - rechenschaftslegung.

(fortsetzung seite 11)

Baader-Meinhof



Bild war dabei!

Hamburg, 20. Mai

Bombenanschlag auf den Axel Springer Verlag in der Kaiser-Wilhelm-Straße in Hamburg: Gestern nachmittag, kurz vor 16 Uhr, detonierten im Abstand von einer Minute zwei Bomben. Die Detonation riß Wände auseinander, brachte Dekken zum Einsturz, zerfetzte Maschinen und Möbel. 15 Menschen wurden — zum Teil schwer — verletzt.

Die beiden Sprengkörper — nach ersten Auskünften der Kripo offenbar mehrere Kilo schwer — waren im dritten und im sechsten Stock jeweils in Toiletten deponiert. Für Polizei und Feuerwehr gab es Großalarm. Der große Gebäudekomplex, in dem zum Zeitpunkt der Explosionen mehr als 3000 Menschen arbeiteten, wurde geräumt. Die Polizei befürchtete weitere Bombenexplosionen. Die Explosionen waren unmittelbar vorher durch einen anonymen Anruf in der Telefonzentrale des Springer-Hauses angekündigt worden.

Bombenanschlag auf das US-Hauptquartier

Heidelberg (dpa/AP/ddp). Bei einem Bombenanschlag auf das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa sind am Mittwoch in Heidelberg drei US-Soldaten getötet worden. Wie ein amerikanischer Militärsprecher mitteilte, erlitten fünf weitere Personen leichte Verletzungen. Durch die Explosionen von zwei in parkenden Personenwagen versteckten Bomben, die gegen 18 Uhr 10 im Abstand von zehn bis 15 Sekunden auf dem Parkplatz erfolgten, sind schwere Schäden an einem Gebäude des Kasernenkomplexes entstanden, in dem das Hauptquartier untergebracht ist. Tsp. 25.5.72

Die US-Militärpolizei hat unverzüglich zusammen mit der deutschen Kriminalpolizei Ermittlungen aufgenommen. Die Bundesregierung in Bonn hat in einer ersten Stellungnahme den Bombenanschlag „zutiefst bedauert".

Anschlag gegen Springer-Bande: "Auge um Auge - Zahn um Zahn" (Altes Testament)

Ra$$ist lahmgelegt

Washington (dpa/AP). Auf Gouverneur Georges Wallace von Alabama, der sich um die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei der USA bewirbt, ist gestern in der Nähe von Washington ein Attentat verübt worden. Wallace, der von mehreren Schüssen getroffen wurde, mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. Nach ersten Berichten ist Wallace lebensgefährlich verletzt worden. Nach einem Bericht der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC wurde an Wallace sofort nach seiner Einlieferung in das Holy Cross Hospital in dem Washingtoner Vorort Silver Spring eine Notoperation vorgenommen. Tsp. 16.5.72

Georges Wallace



Am Donnerstag, den 11. Mai 1972 - dem Tag, an dem die Bombenblokade der US-Imperialisten gegen Nordvietnam begann - hat das "Komando Petra Schelm" im Frankfurter Hauptquartier des 5. Armee-Korps der amerikanischen Streitkräfte in Westdeutschland und Westberlin drei Bomben mit einer Sprengkraft von 80 t TNT zur Explosion gebracht. Für die Ausrottungsstrategen von Vietnam sollen Westdeutschland und Westberlin kein sicheres Hinterland mehr sein. Sie müssen wissen, dass ihre Verbrechen am vietnamesischen Volk ihnen neue, erbitterte Feinde geschaffen haben, dass es für sie keinen Platz mehr geben wird in der Welt, an dem sie vor den Angriffen revolutionärer Guerilla-Einheiten sicher sein können.

Wir fordern den sofortigen Abbruch der Bombenblokade gegen Nordvietnam. Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam. Wir fordern den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Indochina.

Für den Sieg des Vietkong! Die revolutionäre Guerilla aufbauen! Habt Mut zu kämpfen - habt Mut zu siegen! Schafft zwei, drei, viele Vietnam!

ROTE ARMEE FRAKTION - 14. Mai 1972

Paris: Attentat

Paris (AP/dpa). Auf das amerikanische Konsulatsgebäude und das Hauptbüro der US-Kriegsteilnehmerorganisation in Paris sind gestern Sprengstoffanschläge verübt worden, bei denen nach Mitteilung der Polizei niemand verletzt wurde und lediglich Sachschaden entstand. Wenige Stunden später entdeckte die Polizei nach einem anonymen Anruf im Büro der US-Fluggesellschaft Pan American eine Zeitzünderbombe. Auch im Büro der amerikanischen Fluggesellschaft TWA gab es Bombenalarm. Die Suche nach einer Bombe blieb jedoch erfolglos. Tagsp. 26.5.72

Anarchisten-Mörder umgenietet

Rom (dpa/AP). Unbekannte haben gestern morgen den von der politischen Linken am heftigsten bekämpften Polizeikommissar Italiens, Luigi Calabresi, in Mailand erschossen. Die Täter, vermutlich ein Mann und eine Frau, konnten mit einem Auto entkommen. Gegen Calabresi war unter anderem ein Verfahren eingeleitet worden, weil er angeblich für den Tod des Mailänder Anarchisten Guiseppe Pinelli verantwortlich sein soll. Tsp. 13.5.

Nach dem schwersten Bombenattentat im Nachkriegs-Italien, bei dem in Mailand im Dezember 1969 sechzehn Menschen ums Leben kamen, war Pinelli festgenommen und im Polizeipräsidium von Calabresi und anderen Polizeibeamten offenbar schwersten Verhören unterzogen worden. In der Nacht vom 15. auf den 16. Dezember stürzte der Anarchist aus dem vierten Stock des Polizeipräsidiums und starb kurz darauf. Noch in der Nacht erklärte der Polizeipräsident, Pinelli sei stark tatverdächtig gewesen und sein „Selbstmord" komme einem Geständnis gleich. Später stellte sich jedoch heraus, daß Pinelli mit den Attentaten nichts zu tun hatte. Die politische Linke beschuldigt Calabresi seitdem öffentlich des Mordes. Die endgültige Klärung des Falles steht noch aus.



Luigi Calabresi

'Der Revolution gedient'

13.5.

Tsp. Karlsruhe. Als ein konkretes Beispiel dafür, wie erfolgreiche Fahndungsmaßnahmen gegen die Baader-Meinhof-Gruppe durch Verrat vereitelt werden, nannte Generalbundesanwalt Martin am Freitag in einer Pressekonferenz in Karlsruhe das Verhalten einer jungen Polizei-Angestellten. Diese habe eine Stuttgarter Anwaltskanzlei darauf hingewiesen, daß deren Vorhaben, für Andreas Baader und Gudrun Ensslin auf konspirative Weise eine Wohnung zu mieten, bereits den Ermittlungsbehörden bekannt gewesen sei.

Martin sagte, Andreas Baader und Gudrun Ensslin, die zum sogenannten harten Kern der Baader-Meinhof-Gruppe zählen, hätten in Stuttgart Unterschlupf gesucht. Ein dortiger Anwalt habe sie dabei unterstützt. Die Bundesanwaltschaft habe daraufhin die Observation des Anwalts angeordnet. Dies sei von einer Polizei-Angestellten dem Betroffenen „taufrisch mitgeteilt" worden. Die Angestellte habe verraten, was sie als Teilnehmerin einer Einsatzbesprechung der Kriminalpolizei gehört habe. Wie Martin mitteilte, hat sich die Polizei-Angestellte am Dienstag in einem Stuttgarter Restaurant mit dem Sozius des Anwaltes getroffen. Unmittelbar danach sei sie von der Polizei gestellt worden. Sie habe vor der Polizei wie auch später vor dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes die Tat gestanden. Nach ihren Angaben habe sich der Anwalt bei ihr mit den Worten bedankt, sie habe „sich um die Revolution verdient gemacht".



Das fahrbereite Auto des Herrn Ermittlungsrichter und Meinhof-Jäger Buddenberg, Karlsruhe.

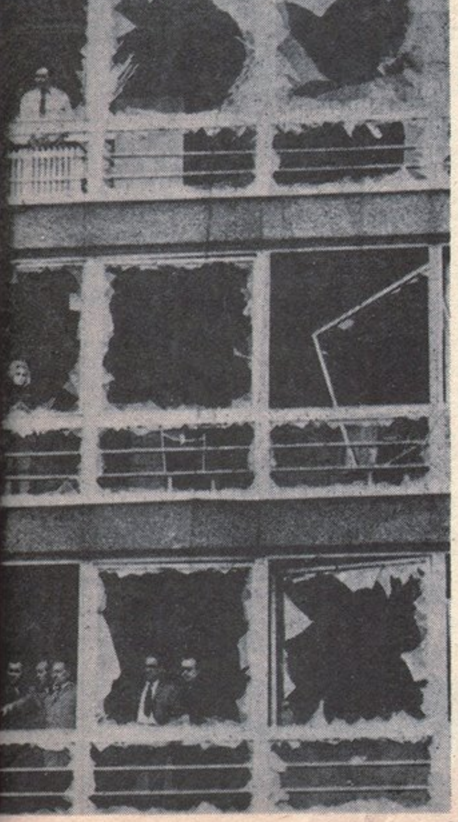
Baader-Meinhof hinter Mord an italienischem Polizisten?

SZ 20.5.

Mailand (AFP/ddp)

Nach Ansicht der italienischen Behörden sind in den Mordfall Luigi Calabresi auch Angehörige der Baader-Meinhof-Gruppe verwickelt. Untersuchungen sollen ergeben haben, daß die Personenbeschreibung des Mörders auf ein Mitglied dieser Gruppe paßt. Aus diesem Grunde wurden nun entsprechende Fahndungsunterlagen über Interpol den Polizeibehörden der Bundesrepublik zur Mitfahndung übermittelt. Die Ermordung des italienischen Polizeikommissars Luigi Calabresi, der Anfang dieser Woche auf offener Straße erschossen worden war, läßt nach den bisherigen Ermittlungen auf eine Verbindung zwischen italienischen Linksradikalen und der Baader-Meinhof-Gruppe schließen. Weitere Einzelheiten wurden zunächst nicht bekannt.

lassen grüßen!



Moderne Kunst im Landeskriminalamt München.

Sprengstoffanschlag im Pentagon

Tagsp. 20.5.

Washington (AP). Auf das Pentagon in Washington ist in der Nacht zum Freitag ein Sprengstoffanschlag verübt worden, der erheblichen Sachschaden angerichtet hat. Personen kamen nicht zu Schaden. Am Vormittag fanden sich die 28 000 Angestellten zur gewohnten Stunde in ihren Arbeitsplätzen ein. Ein Groß-Computer der amerikanischen Luftwaffe, der logistische Daten speicherte, wurde durch den Anschlag außer Betrieb gesetzt. Brigadegeneral James versicherte jedoch, daß die militärischen Operationen in Südostasien durch den zeitweiligen Ausfall des Computers nicht berührt würden.



Ein Minister, der Spaß vertragen kann! So grinste Genscher, als wir ihm die Seite 6 und 7 des "Berliner Anzünder" überreichten.

Schwerste US-Bombenangriffe in Vietnam seit dem Kriegsbeginn

Tgsp. 19.5.72

Die US-Luftwaffe hat unterdessen ihre Offensive gegen Nordvietnam mit schweren Bombardements der Hauptstadt Hanoi, der Hafenstadt Haiphong und der Provinz Thanh Hoa verstärkt. Bereits am Vortag hatten die Amerikaner nordvietnamesisches Gebiet bombardiert und dabei zahlreiche Verkehrsadern und Versorgungszentren beschädigt.

Die nordvietnamesische Regierung hat gestern scharf gegen die amerikanischen Angriffe protestiert, die zahlreiche Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung gefordert hätten.

Bundeskanzler Brandt äusserte "Empörung und Abscheu": "Wer feige und hinterhältig Menschen durch Sprengmittel nach dem Leben trachtet, ist ein Feind der Demokratie und stellt sich ausserhalb der Gesellschaft."

Bundespräsident Heinemann: "Die Gewalttaten der letzten Tage erfüllen mich mit tiefer Sorge."

Gemeint ist nicht der feige und mör-
derische Bomben- terror der Yan-
kees gegen die vietnamesische
Zivilbevölke- rung und die
Menschen, die für nationale
Unabhängig- keit und so-
siale Ger rechtigkeit
kämpfen, sondern



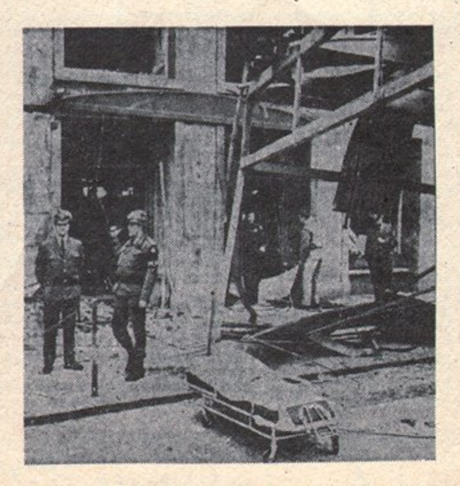
die Offen- sive der
Roten Ar- mee Frak-
tion ge- gen die-
se Heuch- ler.

Letzte Ölung für Vietnamesen-Killer

Nachrichtendienst „Der Abend"
FRANKFURT/MAIN, 12. Mai

Unter schärfster Bewachung stehen seit gestern abend alle amerikanischen Behörden und die Büros der US-Fluggesellschaften in Frankfurt am Main, nachdem es gegen 19 Uhr auf dem Gelände des Hauptquartiers des V. Armeekorps im ehemaligen „IG-Farben-Hochhaus" zu einer Serie von Sprengstoffanschlägen gekommen war. Binnen 45 Sekunden ereigneten sich drei schwere Explosionen, bei denen ein amerikanischer Oberst getötet und mindestens vier Personen schwer verletzt wurden.

Der größte Sprengkörper, vermutlich eine Haftmine, detonierte vor dem benachbarten Offizierskasino, dessen Zwischendecke zusammenstürzte. Aus den schweren Pfeilern der Fassade wurden durch den Druck ganze Flächen herausgerissen. Auch das Portal des Hauses wurde schwer beschädigt. Splitter des Sprengkörpers trafen den US-Oberst Blumquist, der sich gerade auf dem Wege zu seinem Auto befand und rissen seine Halsschlagader auf. Ein Geistlicher der US-Armee, der sich in der Nähe befand, erteilte dem Sterbenden die „letzte Ölung".



5. US-Armee hatte Feindberührung.

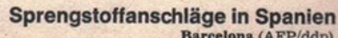


Zweites Vietnam im Augsburger Polizeipräsidium.

Attentat in London

LONDON, 10. Mai (dpa)

Auf die amerikanische Botschaft in London ist am späten Dienstagabend ein Brandanschlag verübt worden. Nach Angaben der Polizei schleuderte ein unbekannter Mann einen „Molotow-Cocktail" gegen das Botschaftsgebäude. Dabei wurden eine Tür und eine Mauer, die das Gebäude schützt, schwer beschädigt. Abend 10.5.72



Sprengstoffanschläge in Spanien

Barcelona (AFP/ddp)

In der spanischen Provinz Katalonien haben drei Sprengstoffanschläge in Barcelona und Tarrasa schweren Sachschaden angerichtet. Menschen kamen nach Angaben der Polizei nicht zu schaden. In Barcelona wurde ein Denkmal zu Ehren der gefallenen Franco-Anhänger des Bürgerkrieges durch die Explosion zweier starker Bomben teilweise zerstört. Wegen Einsturzgefahr mußte das mächtige Bauwerk sofort notdürftig abgestützt werden. In der Nachbarstadt Tarrasa wurde das Amtsgericht sowie ein Elektrizitätswerk im Zentrum durch zwei explodierende Sprengkörper beschädigt. In einigen Stadtteilen fiel der Strom aus. SZ 20.5.72

Offener Brief Georg Büchners an Genscher & Co.

Man wirft den jungen Leuten den Gebrauch der Gewalt vor. Sind wir denn aber nicht in einem ewigen Gewaltzustand? Weil wir im Kerker geboren und großgezogen sind, merken wir nicht mehr, daß wir im Loch stecken mit angeschmiedeten Händen und Füßen und einem Knebel im Munde. Was nennt Ihr denn gesetzlichen Zustand? Ein Gesetz, das die große Masse der Staatsbürger zum fronenden Vieh macht, um die unnatürlichen Bedürfnisse einer unbedeutenden und verdorbenen Minderzahl zu befriedigen?

Georg Büchner
aus der Emigration in Straßburg an seine Familie am 5. April 1833

ROTE ARMEE FRAKTION :



Ulrike Meinhof (links) und Irene Goergens bei den dreharbeiten zu ihrem fernsefilm "Bambule".

STADTGUERILLA & KLASSENKAMPF

Im folgenden veröffentlichen wir auszüge aus einer kürzlich herausgegebenen schrift der RAF frage der stadtguerilla. Wir tun dies, obwohl wir höchstwahrscheinlich missdeutungen (bewusst oder unbewusst) und falschen ettikitierungen ausgesetzt sein werden. Die Rote Armee Fraktion ist teil eines zustandes der linken szenerie nach dem abflauen der studentenbewegung, die freilich, und dies wird oft unterschlagen, auch eine bewegung von anderen klassen und schichten war. Sie ist die antwort auf eine situation unterentwickelter klassenkämpfe in der BRD - was zugleich die dogmatik und den partei-fetischismus der linken ("Vorwärts im geiste Ernst Thälmanns!") augenblicklich erklärt - einerseits. Andererseits ist sie ausdruck einer gesellschaftlichen phase der zunehmenden faschisierung und des überall spürbaren drucks des staatsapparats, der selbst links-sozialdemokratische institutionen als "staatsfeindlich" deklariert. Der RAF in dieser situation öffentlichkeit zu verschaffen, ist ein akt selbstverständlicher solidaritat. Die RAF in der gegenwärtigen situation als bewegung des klassenkampfes aus der linken diskussion zu drängen, ist ausdruck einer verkommenheit, die nur noch in kategorien des leninschen linksradikalismus zu argumentieren vermag. Wenn der RAF unserer meinung nach auch in ihrer neusten schrift nicht eine materialistische ableitung der notwendigkeit von stadtguerilla in der BRD die uns einsichtig wäre, gelungen ist, hat sie bisher zumindest das problem einer möglichen radikalitat von aktionen auf den tisch gelegt, was inhalt einer in der linken zu führenden debatte jenseits von "partei" und "bündnispartner" sein müsste, was [illegible]er auch die resultate sein werden.

Wenn immer noch ein teil der revolutionären linken die RAF für die persönliche angelegenheit von Baader und Meinhof hält und die frage des bewaffneten kampfes wie Howeida auf dem terrain von Bild und BZ als kriminalität diskutiert und uns zu diesem zweck auch falsche begründungen unterstellt, falsche positionen anhängt, dann löst sie damit den widerspruch nicht zwischen ihren erkenntnissen vom stand der klassenkämpfe und ihren vorstellungen von revolutionären interventionsmethoden - dann schiebt sie als subjektives problem auf uns ab, was ihr und uns objektives problem ist. Dann verhält sie sich wie einer, der vor der schwere der aufgabe, die auf ihn zukommt, angst hat - sie steckt den kopf in den sand und denkt nicht mehr nach. Die verurteilung des konzepts stadtguerilla innerhalb eines teils der linken erfolgt viel zu oberflächlich und aus dem ärmel geschüttelt, als dass wir uns damit abfinden könnten, die lücke zwischen ihrer einsicht und unserer praxis einfach wuchern zu lassen, obwohl wir meinen, dass wir diese lücke durch unsere anstrengungen allein nicht schliessen können. Den anspruch, dass sie selbst sich an diesen anstrengungen beteiligt, halten wir ihrem und unserem selbstverständnis nach für gerechtfertigt.

Wir haben vor einem jahr gesagt: Stadtguerilla ist die verbindung von nationalem und internationalem klassenkampf. Stadtguerilla ist eine möglichkeit, im bewusstsein der menschen die zusammenhänge imperialistischer herrschaft herzustellen. Stadtguerilla ist die revolutionäre interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären kräften. Einen fortschritt gibt es nur, wenn die legale arbeit mit illegaler arbeit verbunden wird, wenn die politisch-propagandistische arbeit die perspektive bewaffneter kampf hat, wenn die politisch-organisatorische arbeit die möglichkeit stadtguerilla einschliesst...

> "IM GEGENWÄRTIGE STADIUM DER GESCHICHTE KANN NIEMAND MEHR BESTRETEN, DASS EINE BEWAFFNETE GRUPPE, SO KLEIN SIE AUCH SEIN MAG? BESSERE AUSSICHTE HAT, SICH IN EINE GROSSE VOLKSARMEE ZU VERWANDELN, ALS EINE GRUPPE, DIE SICH DARAUF BESCHRÄNKT, REVOLUTIONÄRE LEHRSÄTZE ZU VERKÜNDEN."
>
> (aus: 50 fragen an einen tupamaro)

(Es folgt eine konkretisierung der möglichkeit einer stadtguerilla am beispiel des chemiearbeiter-streiks 1971. Wir geben nur den schluss dieses teils wieder.)

DIE MILITARISIERUNG DER KLASSENKÄMPFE

In dem mass, in dem die loyalität der massen gegenüber dem system nicht mehr erkauft werden kann, muss sie erzwungen werden, nicht mehr freiwillig erfolgt, wird gewalt angedroht: Wird der Bundesgrenzschutz in eine bundespolizei umgewandelt und von 23 000 mann auf 30 000 vergrössert; wird die polizei mit maschinenpistolen ausgerüstet, soll sich der bürger an den mit einer MP bewaffneten bullen an der kreuzung gewöhnen, wie ans steuerzahlen; wird das haftrecht verschärft; werden notstandsübungen durchgeführt, bei denen scharf geschossen wird; werden genossen in u-haft genommen; wird an RAF-verdächtigen die todesstrafe vollstreckt.

In dem mass, in dem das volk keinen grund mehr hat, nachdem der kapitalismus in westdeutschland einmal erzwungen worden ist, weiterhin aus sich heraus antikommunistisch zu sein, müssen kommunisten gewaltsam vom volk isoliert werden: Deshalb fliegen linke aus den betrieben, deshalb wird der preis immer höher, den die DKP für ihre legalität zahlen muss - (und es scheint, sie zahlt jeden), deshalb droht die chemische industrie der FU, sie werde FU-absolventen nicht einstellen, wenn nicht ruhe und ordnung an der FU wiederhergestellt werden.

In dem mass, wie der gedanke der kommunistischen alternative aufgrund der widersprüche, die das system selbst erzeugt, an boden gewinnt, müssen freiräume, von denen aus er noch propagiert werden könnte, geschlossen werden: Deshalb wird Mandel nicht an die FU gelassen, ruft der universitätspräsident in Frankfurt die bullen, damit klausuren geschrieben werden, die die industrie verlangt, hetzt Löwenthal gegen Spartakus, greifen Löwenthal-kameramänner studenten an, um jene krawallscenen ins bild zu kriegen, die zur volksverhetzung gebraucht werden.

Nachdem in 10 jahren ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik - seit der mauer 1961 - die unfallquoten der ausländer immernoch doppelt so hoch sind wie die der deutschen arbeiter, die schon hoch genug sind, die unterkünfte immernoch ghettos, die diskriminierung im betrieb und im stadtteil immernoch total ist und die ausländischen arbeiter nun anfangen, sich selbst zu organisieren, um sich besser wehren zu können, wird das grundgesetz geändert, um die ausländerorganisationen noch besser überwachen, noch schneller zerschlagen zu können, als das aufgrund des faschistischen ausländergesetzes und des antikommunistischen vereinsgesetzes schon möglich ist.

Angesichts dieser entwicklung das bisschen vorwand, das die Rote Armee Fraktion dem kapital propagandistisch bietet, für den kern des problems zu halten, die zuspitzung der klassenkämpfe in kausalen zusammenhang mit uns zu bringen, das aufkommen von rechteradikalismus für eine reaktion auf uns zu halten, ist objektiv die argumentation des klassenfeindes, ist subjektiv eine ganz oberflächliche betrachtungsweise, die nur von der äusserlichen erscheinung der dinge, so wie die bürgerliche presse sie darstellt, ausgeht.

LEGALE LINKE UND STAATSFEIND NR. 1

Die legal arbeitende linke ist dieser offensive des kapitals gegenüber nicht nur defensiv, sie ist auch objektiv ratlos. Sie setzt dem ihre flugblätter und zeitungen entgegen, ihre arbeiteragitation, die besagt, dass das kapital an allem schuld ist, was ja richtig ist, dass die arbeiter sich organisieren müssen, die sozialdemokratische linie in den gewerkschaften überwinden müssen, lernen, ökonomische kämpfe zu führen, das bewusstsein als klasse zurückgewinnen - was notwendige, politische arbeit ist. Als einzige politische arbeit ist sie kurzsichtig. Sie sieht die maschinenpistolen und sagt: Den ökonomischen kampf entwickeln. Sie sieht die notstandsübungen und dagt: Klassenbewusstsein. Sie sieht den faschismus und sagt: Die klassenkämpfe nicht zuspitzen. Sie sieht die kriegsvorbereitungen und sagt: Bündnispolitik mit dem mittelstand. Sie sieht die arbeits- und bundesarbeitsgerichtsurteile, mit denen zukünftige streiks illegalisiert werden sollen, und sagt: Legalität.

Die konterrevolution traut sich zu, mit allen proplemen fertig werden zu können, die sie produziert, auch ist ihr kein mittel zu dreckig dafür. Aber sie kann nicht warten, bis der faschismus sich wirklich entfaltet hat, die massen für sie mobilisiert sind und sie braucht die gewissheit, dass bewaffnung und bewaffneter kampf ihr monopol bleibt - dass die wut der arbeiterklasse, die sie zu provozieren entschlossen sind, diese idee nicht fasst und mit der idee die mittel nicht: Die idee des bewaffneten kampfes als revolutionäre guerilla, die aus dem hinterhalt kämpft und nicht zu fassen ist, die sie zur rechenschaft zieht, die ihre polizei demoralisiert, die als gegengewalt ihrer gewalt widerstand leistet.

Genscher wäre nicht der innenminister der herrschenden klasse, wenn er nicht die unglaublichsten anstrengungen unternähme, uns "aus dem verkehr zu ziehen", wenn er uns nicht zum staatsfeind nr. 1 erklärt hätte, noch bevor wir etwas gemacht haben, was uns als solchen ausweisen würde, wenn er nicht alles, aber auch alles täte, um uns von den linken, der arbeiterschaft, der bevölkerung zu isolieren, wenn er uns nicht ermorden liesse. Das kann nur noch viel schlimmer werden.

Aber sie können ihre kriegsvorbereitungen nicht mehr heimlich durchführen und nicht mehr auf dem boden ihrer eigenen legalität, sie sind gezwungen, ihre eigene Ordnung zu brechen und als das aufzutreten, was sie sind: Als feinde des volkes - und die linke macht auf einer dialektisch höheren ebene die richtige propaganda als sie eigentlich machen will, wenn sie sagt: Der terror gilt nicht der RAF, sondern der arbeiterklasse. Natürlich gilt er nicht der RAF, sondern ist vorbereitung auf bevorstehende klassenkämpfe. Es geht darum, die idee des bewaffneten kampfes mit aller gewalt, deren das system im augenblick fähig ist, von der arbeiterklasse fern zu halten. Nicht wir sind ungeduldig. Das system ist nervös. Das kapital kann nicht warten, bis sich der faschismus entfaltet hat, die amerikanische konkurrenz wartet nicht. Die hysterie des systems macht unsere strategie und taktik nicht falsch. Sie wird dadurch nicht falsch, dass das system es uns unendlich schwer macht, die guerilla in den massen zu verankern. Widerstand zu leisten wird dadurch nicht falsch, dass der krieg ein langwieriger krieg ist.

Was erwarten die genossen eigentlich in einem land, das Auschwitz hat widerstandslos über sich hat ergehen lassen? Deren arbeiterbewegung die geschichte der deutschen arbeiterbewegung hat und deren polizei die geschichte der SS?

> "DIE KOMMUNISTEN KÄMPFEN FÜR DIE ERRICHTUNG DER UNMITTELBAR VORLIEGENDEN ZWECKE UND INTERESSEN DER ARBEITERKLASSE, ABER SIE VERTRETEN IN DER GEGENWÄRTIGEN BEWEGUNG ZUGLEICH DIE ZUKUNFT DER BEWEGUNG."
>
> (Karl Marx: Das kommunistische manifest)

Das verstehen wir unter: DEM VOLK DIENEN.

DIE AKTUALITÄT DER EIGENTUMSFRAGE

Das argument, die Bundesrepublik sei nicht Lateinamerika, verschleiert die hiesigen verhältnisse mehr als dass es sie aufdeckt. Gemeint ist damit - sofern es nicht nur schwatzhaft in die debatte geworfen wird -: Hier herrscht nicht dieselbe katastrophale armut wie dort, hier ist der feind nicht eine ausländische macht, hier ist das regime dem volk nicht so verhasst, hier herrscht noch keine militärregierung wie in vielen lateinamerikanischen staaten. Gemeint ist: Dort sind die verhältnisse so unerträglich, dass nur noch gewalt hilft - hier sind die verhältnisse noch erträglich genug, sodass gewalt nicht gerechtfertigt ist. In dem Rowohlt-band "Zerschlagt die wohlstandsinseln der III. welt", in dem auch Marighellas handbuch über stadtguerilla abgedruckt ist, heisst es in der vorbemerkung, die veröffentlichung geschehe aus protest gegen verhaftung und folter in Brasilien, nicht als anleitung zum handeln hier, "wie schwach und durch die eigene wirtschaftsordnung gefährdet die parlamentarische demokratie auch immer sein mag" - "Diese gegengewalt (der lateinamerikanischen stadtguerillas) gegen das terroristische herrschaftssystem des kapitals in einem land anzuwenden, in dem über mitbestimmung zumindest diskutiert wird, ist eine verhöhnung der verdammten dieser erde." demnach sind bomben gegen die BASF in Ludwigshafen ein hohn auf die bombenleger gegen die BASF in Brasilien. Die lateinamerikanischen genossen denken anders darüber. Die BASF auch.

Das argument, die Bundesrepublik sei nicht Lateinamerika, wird von leuten vorgetragen, die aus der sicht gesicherter monatseinkünfte das zeitgeschehen kommentieren, zur sicherung ihrer monatseinkünfte; es ist ein Ausdruck der menschlich[illegible] kälte und intellektuellen ig-



noranz gegenüber den problemen des volkes hier. Die bundesrepublikanische wirklichkeit fällt dabei faktisch und analytisch unter den tisch.

Von der objektiven aktualität der sozialen frage, von der subjektiven aktualität der eigentumsfrage und von der militarisierung der klassenkämpfe ist bei der analyse der verhältnisse hier auszugehen.

(Es folgt ein abschnitt über "Armut in der Bundesrepublik": "4,66 millionen haushalte mit ca. 3 personen verfügen über ein monatliches nettoeinkommen von weniger als 600 mark, das sind 21 prozent aller haushalte. ... In der frankfurter Nordweststadt zahlt man heute für zwei räume, etwa 60 qm gross, 460 mark miete... Ende 1970 wurden 7 000 kindesmisshandlungen gezählt, man nimmt an, dass es in wirklichkeit 100 000 waren. Man nimmt an, dass 1 000 kinder im jahr totgeprügelt werden...")

Aber die objektive aktualität der armut hat subjektiv die frage des kapitalistischen eigentums in einem mass aktualisiert, wie es das seit den ersten nachkriegsjahren - dem Ahlener Programm der CDU - nicht gegeben hat. Nicht unvermittelt, aber vermittelt. Wenig bei den armen selbst, aber in der übrigen gesellschaft, als bürgerinitiative und als gemeinplatz weit verbreitet, noch wenig organisiert, vage, aber nicht zu unterdrükken.

Dass 20 000 verkehrstote die opfer des profitstrebens der automobilindustrie sind, die ohne rücksicht auf die entwicklung des strassenbaus produziert; dass Versicherungspaläste das kapital repräsentieren, das sie aus krankheit schlagen, dessen kehrseite krankenhauselend ist; der widerspruch zwischen der verschuldung der gemeinden und der rendite der konzerne, die auf ihrem boden produzieren; zwischen gastarbeiterausbeutung und gastarbeiterunterkünften; kinderelend und profiten der spielzeugindustrie; miethausprofiten und miethauselend - das alles sind schon fast gemeinplätze, der SPIEGEL ist jede woche voll davon, Bild täglich, in einzelfällen als einzelfälle dargestellt, aber so massenhaft wird an diesem zuständen anstoss genommen, dass sie nicht mehr verschwiegen werden können. Deutsche-Banksprecher Ulrich jammert über die "verteufelung der gewinne", über "die angriffe auf unser wirtschaftssystem", die "kritik an den erträgen", "Wir alle sind noch immer nicht eindringlich genug, um die bedeutung der unternehmergewinne überall verständlich zu machen, ohne die ja der freien marktwirtschaft fortschritte und entwicklungen unmöglich sind" - dass damit noch gemeinwohl gemeint sein könnte, nimmt ihm ausser den kapitaleignern selbst kaum einer mehr ab.

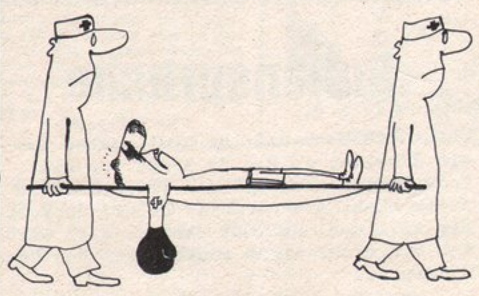
Eppler will die unpopuläre erhöhung der verbrauchssteuern propagandistisch durch besteuerung der höheren einkommen absichern. Die CDU hat angst, dass durch die ostverträge eine ideologische aufweichung im innern der Bundesrepublik die folge sein könnte - Schröders hauptargument: Weil die verteufelung des kommunismus an glaubwürdigkeit verlieren könnte, weil kommunismus heisst: enteignug, vergesellschaftung von produktionsmitteln. Nich ihren inhalt bekämpft die CDU, sie bekämpft in den ostverträgen die ideologische toleranz einem gedanken gegenüber, der der todfeind des kapitalismus ist.

Die initiativen der linken nach 1968, sofern sie überhaupt eine grössere basis hatten, hatten die eigentumsfrage zum inhalt, stellten einen angriff auf das kapitalistische eigentum dar, hatten ihren reibungspunkt im kapitalistischen profitstreben, ihren konsens in der kritik dagegen: Die hausbesetzungen in vielen städten der Bundesrepublik, die bürgerinitiativen gegen stadtsanierung, die initiativen für gemeinnützige einrichtungen in stadtrandgebieten - Märkisches Viertel, frankfurter Nordweststadt - die bürgerinitiativen gegen industrieansiedlungen in der nähe von wohngebieten. Das heidelberger SPK (Sozialistisches Patienten-Kollektiv; d.Red.) hat den zusammenhang von krankheit und kapitalismus so konsequent in einem kollektiven erkenntnis- und handlungsprozess kritisiert, dass die kader des SPK wegen § 126 seit juli 72 im gefängnis sitzen. Die kämpfe der studenten gegen prüfungsordnungen, die ihnen das kapital aufzwingt, selbst die kampagne der Jusos gegen privateigentum in landschaftlichen erholungsgebieten machen kapitalistisches eigentum zum gegenstand der kritik. Die wichtigsten streiks waren die im september 69, die sich an den hohen dividenden des jahres entzündeten. Die stärkste kampagne der studentenbewegung war die gegen den Springer-konzern: "Enteignet Springer". Die brutalsten Polizeieinsätze richteten sich gegen die hausbesetzungen in der belgiersiedlung in Kassel, wo frauen und kinder herausgeprügelt worden sind, gegen die hausbesetzer in Hannover, die jetzt mit schadenersatzprozessen fertig gemacht werden. Nach Georgs ermordung gab es in Berlin einen aufkleber: "Die killerschweine haben unseren bruder Georg ermordet, weil sie angst um ihren zaster haben."

Mandel:

Zur Frage der Gewalt

Weil Mandel - mitglied der IV. Internationale - es ablehnte, ein urteil zu fällen über die erschiessung des Fiat-direktors Sallustro und des brigadegenerals Sanchez im april durch die argentinische untergrundbewegung ERP - eine sektion der IV. Internationale -, verlangte der FDP-mann und dozent an der Fachhochschule für Wirtschaft, prof. Tolksdorf jetzt erneut eine stellungnahme von Mandel hierzu. Der genosse Mandel erteilte diesem herrn folgende antwort:



Die Gewaltlosigkeit meines Bruders, des Boxers, war legendär...

Sehr geehrter herr professor Tolksdorf,

Ihren brief vom 14. april 1972 habe ich heute zur hand. Gewiss sehe ich die "liquidierung wehrloser geiseln" nicht als "taktische massnahme" einer sozialistischen organisation an. Darum handelt es sich aber auch keineswegs. Worum es sich handelt, ist die stellungnahme zur guerillataktik bzw. zum bewaffneten kampf und zur gewaltanwendung überhaupt. Man muss den tod Sallustros bedauern, aber ihn als ergebnis der bewaffneten auseinandersetzung sehen (mit hauptschuld, nebenbei gesagt, bei der argentinischen regierung, die alles unternahm, um diesen tod zu provozieren, bzw. seine verhinderung zu vermeiden).

Zu dieser frage habe ich bereits mehrere male stellung genommen. In all denjenigen ländern, in denen die demokratischen grundrechte der arbeiterbewegung gewährleistet sind, bin ich gegen gewalt, von bewaffnetem kampf oder von guerillataktik. Das einzige problem, das sich in solchen ländern diesbezüglich stellt, ist jenes der selbstverteidigung, der massenstreiks oder wenn die massen bei demonstrationen gewaltsam angegriffen werden. Die mittel und wege zu einer wirksamen demokratischen selbstverteidigung breiter massenbewegungen sind seit langem bekannt und haben nichts zu tun mit guerilla, entführungen oder anderen formen des kampfes, wie sie in Lateinamerika und anderswo in der "Dritten Welt" praktiziert werden.

Ganz anders stellt sich dagegen die frage in solchen ländern, wo illegitime diktaturen, ob sie nun militärischer, faschistischer oder (wie etwa in Haiti unter Duvalier) ziviler natur sind, die demokratischen grundrechte der bevölkerung und ins besondere der arbeiterbewegung aufgehoben haben und einen uneingeschränkten terrorregime mit massenverhaftungen, totschlag und folterung gegen jegliche form der opposition institutionalisieren. In solchen fällen stellt sich die frage des elementaren rechts auf selbstwehr der verfolgten, gepeinigten und entrechteten. Nach der fürchterlichen erfahrung mit dem naziregime kann kein denkender mensch dieses recht in jeglicher form, auch in jener des direkten bewaffneten kampfes, prinzipiell ablehnen. Ob dieser bewaffnete kampf allerdings ratsam ist, darüber müssen in jedem spezifischen fall die direkt interessirten urteilen. Das, und nicht mehr, meinte ich mit meiner feststellung gegenüber der Deutschen Presseagentur, dass ich es mir nicht anmessen könne, ein urteil über die einzelnen taktischen massnahmen der argentinischen genossen zu formulieren.

In Argentinien gibt es über 3 000 politische gefangene. Sie werden systematisch gefoltert. Wenn es Sie interessiert, lasse ich Ihnen die diesbezüglichen quellen, u.a. aus "Le Monde", gern zuschicken. Der general Sanches, den die ERP (Revolutionäres Volksheer - d.red.) gleichzeitig mit Sallustro hinrichtete, rühmte sich in aller öffentlichkeit, dass er am liebsten die gefangenen "sofort ohne fallschirm aus einem fliegenden hinausstürzen" würde.

Unser argentinischer genosse Luis Pujals wurde auf offener strasse entführt, zu tode gefoltert und ermordet; dies bevor die ERP einen einzigen menschen getötet hatte. Was ist der unterschied zwischen der entführung von Pujals und jener Sallustros? Warum haben sich die bürger z.b. Westdeutschlands über die entführung Pujals nicht aufgeregt? Offensichtlich weil sie ihn nicht kannten. Warum kannten sie ihn nicht? Offensichtlich weil die massenmedien wenig oder nichts schreiben über entführte oppositionelle und ermordete revolutionäre, aber ein grosses geschrei anfangen, wenn einmal ausnahmsweise einen grosskapitalisten dasselbe schicksal trifft. Verstehen Sie, dass mich eine solche heuchelei empört, und dass ich unter solchen bedingungen nicht bereit bin, die argentinischen revolutionäre öffentlich zu kritisieren?

Mein freund Merlino, ein friedlicher brasilianischer journalist, im ganzen land bekannt und von journalisten in ihren berufsverband gewählt, ein mensch, der nie jemanden mit einer ohrfeige, geschwiege denn einem revolver verletzt hätte, wurde letzten herbst bei seiner rückkehr von einer reise nach Europa in Brasilien am flughafen sofort von der geheimpolizei entführt, gefoltert und getötet. Seine leiche wurde der familie in einem so fürchterlichen zustand ausgeliefert, dass sein vater noch am selben abend nach der auslieferung an einem herzschlag starb. Das sind die verhältnisse in den von diktatoren beherrschten ländern der "Dritten Welt", sehr geehrter herr professor Tolksdorf. Sie können von mir nicht verlangen, dass ich die gewalt der unterdrückten mit jener der unterdrücker gleichsetze, und dass ich erkläre: Der mörder von Heydrich sei nicht besser als Heydrich, oder Graf Stauffenberg sei genau so ein scheusal wie Adolf Hitler.

Auch im aufstand des Warschauer Gettos sind einige deutsche zivilgeiseln umgekommen. Ob dieser vermeidbar war oder nicht, weiss ich nicht; das kann man nur auf grund genauesten studiums der tatsachen beurteilen. Ich bedaure den tod dieser geiseln bestimmt, wie überhaupt den tod aller unschuldigen opfer. Aber über die legitimität des aufstands selbst habe ich nicht die mindesten zweifel. Wenn man die wahl hat, sich wie wehrloses vieh ermorden zu lassen, oder sich zur wehr zu setzen, dann ist selbstwehr elementares menschenrecht.



Mein Patenonkel, der Missionar, war offenbar ein Gewaltloser...



Mein Vetter gehörte zu einer Partei der Gewaltlosen

Ich würde noch weiter gehen und sagen: Es ist sogar elementare menschen p f l i c h t . Denn dadurch, dass man nicht zur selbstwehr schreitet, animiert man nur die verbrecher, schlimmere und schlimmere verbrechen zu begehen, solange sie hoffen können, ungestraft zu bleiben. Wissen sie jedoch, dass jedes verbrechen, das sie begehen oder befehlen, ein konkretes und kurzfristiges risiko für ihr eigenes leben beinhaltet, dann werden sie es sich etwas länger überlegen, bevor sie noch menschenleben vernichten.

Mir ist das menschenleben im prinzip heilig. Ich kämpfe für eine welt und eine gesellschaft, in der jede form von gewalt von mensch gegen mensch verschwinden und genau so undenkbar wird, wie der kanibalismus es bereits heute ist. Aber in der bewegten übergangszeit, in der wir leben, sind wir dauernt mit der gewissensfrage konfrontiert, ob gewaltlosigkeit ins absolute gesteigert es politischen verbrechern nicht erleichtert, fürchterliches morden weiterhin zu begehen. Für die länder, die unter terrorregimen leben, hat die geschichte diese frage meines erachtens einwandfrei mit ja beantwortet.

Mit freundlichen grüssen, Ernest Mandel

DIE DIALEKTIK VON REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION

Es ist nicht die frage, ob wir die reaktionäre militarisierung wollen oder nicht, es ist die frage, ob wir die verhältnisse, die sie zur faschistischen militarisierung ausnutzen können, ob es uns gelingen kann, die reaktionäre militarisierung in eine revolutionäre militarisierung umzuwandeln, ob es besser ist, "sich einfach hinzulegen und zu sterben oder aufzustehen und widerstand zu leisten" (Kim il Sung).

Die meisten sagen: es geht nicht. Die meisten sagen: Die massen wollen nicht. Viele sagen, jetzt kämpfen, heisst den faschismus provozieren. Böll sagt: "6 gegen 60 000 000 - das kapital hat alles, wir hatten nichts." Sie haben nur den status quo vor augen. Sie sehen in der gewalttätigkeit des systems nur die gewalttätigkeit, nicht seine angst. Sie sehen in der militarisierung nur die waffen, nicht das abbröckeln ihrer massenbasis. Sie sehen in der hetze von Bild nur die hetze, nicht die unzufriedenheit der Bild-leser; sie sehen in dem bullen der MP nur den bullen mit der MP, nicht das ausbleiben faschistischer massenaufmärsche; sie sehen in dem terror gegen uns nur den terror, nicht die angst vor der sozialen explosivekraft der RAF, die sie "im keim ersticken" müssen.

Sie sehen in der politischen apathie des proletariats nur die apathie, nicht den protest gegen ein system, für das es sich nicht zu engagieren lohnt; sie sehen in der hohen selbstmordquote des proletariats nur den akt der verzweiflung, nicht den protest. Sie sehen in der unlust des proletariats zum ökonomischen kampf nur die unlust zum kampf, nicht die weigerung, für läppische prozente und blöden konsum zu kämpfen. Sie sehen in der gewerkschaftlichen unorganisiertheit des proletariats nur die unorganisiertheit, nicht das misstrauen gegen die gewerkschaftsbürokratien als komplizen des kapitals. Sie sehen in der aggressivität der bevölkerung gegen die linken nur die aggressivität gegen die linken, nicht den hass auf die sozial privilegierten. Sie sehen in unserer isolierung von den massen nicht die wahnwitzigen anstrengungen, die das system unternimmt, um uns von den massen

(fortsetzung seite 11)

Abendroth, O. Negt u. Vertreter der schwarzen amerikanischen Bewegung; So., 4.6., 10 Uhr: Arbeitskreise, 17 Uhr: Demonstration - Spenden an: Sonderkonto Angela Davis bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach, Kontonr. 17402829-11 (PSA Ffm. 172480)

"Terror-Zentrale ausgehoben"

(Hetz-Schlagzeile des "Abend")

Im Morgengrauen des 19. Aprils, um 4.15 Uhr, besetzten 800 Polizisten das Bethanien-Gelände. Sie marschierten groß auf:

Ein riesiger Fuhrpark von Manschaftswagen, Streifenwagen, Zivilfahrzeugen bis hin zu Feldküche und Krankenwagen.

Die Maschinenpistolen im Anschlag bewaffnete Polizisten umstellten das Georg-von-Rauch-Haus.

Drei Zivilbullen betraten als erste das Haus. Hinter ihnen drangen 250 bewaffnete Bereitschaftspolizisten ein. Ein junger Arbeiter, der sich ihnen in den Weg stellte und den Haussuchungsbefehl verlangte, wurde beiseite gestoßen. Auch allen anderen, die den Hausdurchsuchungsbefehl sehen wollten, wurde er mit dem Hinweis verweigert, daß nur Vorstandsmitglieder das Recht hätten, Einsicht zu nehmen.
Jedoch auch die anwesenden Vorstandsmitglieder bekamen den Befehl nicht zu Gesicht, obwohl sie namentlich erfaßt waren und Einsicht verlangten.

Jedes der rund 90 Zimmer wurde jeweils von drei bis vier Bullen, die bewaffnet und behelmt waren, bewacht. Kein Bewohner durfte sein Zimmer verlassen. Selbst der Gang zur Toilette wurde verwehrt.

Die Räume wurden von oben bis unten durchwühlt und in verwüstetem Zustand zurückgelassen.
Neben allen anderen Kripodezernaten - Politische Polizei, Morddezernat, Rauschgiftdezernat, Einbruchsdez., Gesundheitspolizei - nahm auch die Hundestaffel und das Diskussionskommando Gruppe 47 an dem Überfall teil. Berittene Polizei war nicht vorhanden. Warum eigentlich nicht?
Zusätzlich waren noch sieben Staatsanwälte, darunter Thiele, Severin, Böhmann, Neumayer, Hartmann und ein Richter dabei.

In der Küche wurden Mülleimer ausgekippt und anschließend von der Gesundheitspolizei fotografiert. Die Fotos, die in der Zeitung erschienen und unsere Räume schmutzig und unordentlich zeigten, waren nach der Verwüstung durch die Polizei aufgenommen.

Auf Proteste der Bewohner wurde deutlich gesagt "wir sind jetzt hier die Herren und es wird gemacht, was wir wollen!"
Der Ton, mit dem die Bullen uns behandelten, wird am besten durch einige Zitate gekennzeichnet:

Bullensprache

"Halt die Schnauze! Du bist sowiso nur ein Schwein, so wie du lebst. Du bist kein Mensch, sondern ein Tier. Wenn du jetzt nicht die Schnauze hälst, du Votze, die will wohl gefickt werden. Dich würde ich mir nicht nicht nackend vor den Bauch binden!"

Die Bullen nützten die Situation offensichtlich aus, um sich daran aufzugeilen.
In brutaler Manier wurden 28 Personen festgenommen und in vergitterten Wagen deportiert.
Unter anderem wurde ein krankes Mädchen mit 39° Fieber abgeführt und 12 Stunden festgehalten und anstrengenden Verhören unterzogen.
Ihre Krankheit wurde dabei nicht berücksichtigt.
Ein fünfzehnjähriger Junge, der eine Zigarette rauchen wollte, wurde geschlagen.

Auch die Massenverhaftung war sehr gut vorbereitet: für jeden Abgeführten waren auf den Revieren zwei Kripobeamte und zwei Uniformierte abgestellt.
Für Leute, die an diesen Tagen nicht arbeiten gehen konnten, wurden keine Bescheinigungen für den Verdienstausfall ausgestellt.

Die Polizei beschlagnahmte kreuz und quer alles, was ihr in die Hände fiel, ohne Quittungen dafür auszustellen. Es waren Gegenstände, die in jedem Haushalt zu finden sind - z.B. Isolierband, Benzin, Batterien, Wecker, Unkraut-ex.
Auf diesen lächerlichen "Funden" versuchte man, eine Anklage auf Bombenanschlag und Mordversuch aufzubauen.



Hier wird eindeutig klar, daß die Polizei und der Senat uns mit allen hinterhältigen Mitteln - Verleumdungen und unhaltbaren Anschuldigungen - zu Kriminellen zu machen versucht.

Diese Aktion war geplant, um unsere Arbeit zu zerstören. Der Presse wurde dabei eine wichtige Rolle zugeteilt. Wir sollten in der Öffentlichkeit als Verbrecher dargestellt werden, damit der ungeheure Aufwand, die kläglichen Ergebnisse und die wahren Absichten verschleiert werden und in den Hintergrund treten.

Die Aktion, die unter dem Namen "Schlafsack" abrollte, war generalstabsmäßig geplant und organisiert. Militärische Ausmaße wurden erreicht.

Die mitgeführten Krankenwagen bewiesen, daß man mit Verletzten oder gar Toten rechnete!

Die Feldküche, daß man sich sogar für den Belagerungszustand gerüstet hatte.

Dieses Vorgehen des Staates und der Polizei gegen Jugendliche, die nur ihre eigene Lebenspraxis selbst in die Hand nehmen wollten, rechtfertigt, daß wir von einem faschistischen Überfall der Polizei sprechen, einer Notstandsübung, die uns jetzt schon daran gewöhnen soll, daß man bald noch härtere und schärfere Maßnahmen einsetzen wird.

Georg-von-Rauch-Haus-Kollektiv

Wollten Springer und die Bullen ein Blutbad?

In einem schreiben an den Norddeutschen Rundfunk erklärte das für den bombenanschlag auf das hauptgebäude des Springer-hauses in Hamburg verantwortlich zeichnende "Komando 2. Juni" (am 2. juni 1967 wurde Benno Ohnesorg nach intensiver hetzkampagne der Springer-presse gegen linke demonstranten bei einer demonstration gegen den schah von Persien vor der Deutschen Oper in Berlin von dem kriminalbeamten Kurras hinterrücks erschossen, der mörder vor gericht zwei mal freigesprochen): "Wir haben alles versucht, um rechtzeitig räumen zu lassen. Wir sind zutiefst betroffen darüber, daß arbeiter und angestellte verletzt worden sind." Weiter heißt es, daß d r e i mal telefonisch gewarnt worden war: "Dritter anruf um 15.36 uhr bei den bullen unter 110: Sorgen Sie, verdammt nochmal, dafür, daß endlich geräumt wird."
In der telefonzentrale des Springerhauses ging die erste warnung angeblich auch erst um 15.36 uhr ein, offensichtlich jedoch nicht von der polizei, sondern vom "Komando 2. Juni".
Um 15.41 explodierte die erste bombe.
Wir wollen nun wissen, was in Springers "weltblatt" "Welt" nicht stand:

- Was haben die bullen bis 15.36 uhr getan?
- Sind bis 15.36 uhr keine warnungen von der polizei oder von anderer seite im Springer-haus eingegangen?
- Hat die polizei die beiden ersten warnungen des "Komando 2. Juni" nicht an das Springer-haus weitergegeben?
- Wenn die polizei die warnung der genossen an das Springer-management weitergegeben hat, warum sind dann die arbeiter und angestellten nicht früher gewarnt worden?
- Wollten Springer und seine manager und/oder die polizei ein blutbad haben, um besser haß gegen linke schüren zu können?

Polizeiexperten waren der meinung, daß es "300 bis 400" tote hätte geben können.

"Das ist das wesen der ausbeutung: Für die kapitalisten ist der profit alles, die menschen, die ihn schaffen, nur ein dreck." (Komando 2. Juni)

—

Der Zynismus eines Großverlegers:

Verleger Axel Springer gab gestern nachmittag zu den Hamburger Bomben-Anschlägen folgende Stellungnahme ab:
„Meine ersten Gedanken und meine Sorge gelten mit tiefstem Mitgefühl meinen verletzten Mitarbeitern. Ich bin entsetzt und schockiert. Wenn innerhalb einer Woche im Gebäude des bayerischen Kriminalamts München, des Polizeipräsidiums Augsburg und im Hauptquartier der Amerikaner in Frankfurt Bomben explodieren, wenn ein Attentat auf einen hohen Bundesrichter in Karlsruhe versucht wurde und nun Sprengkörper in meinem Verlagshaus in Hamburg gezündet worden, so ist das Teufelssaat von Linksradikalen, die jetzt aufgegangen ist. Genau davor haben unsere Zeitungen seit Jahren vergeblich gewarnt."

BZ, 20.5.72

Knast-Anschriften

Herbert Goerke, Dieter Zielke, Gerhard Zawiszewski, Gerhard Knuth, Hilmar Buddee: 1 BERLIN 27, seidelstr. 39

Alfred Mährländer, Horst Mahler, Hans Kallup, Dieter Kunzelmann, Klaus Hoppstädter, John Banse, Michael Kipp, Willi Lang, Joachim Tiedtke, Eric Grusdat, Hans-Jürgen Bäcker: 1 BERLIN 21, alt moabit 12a

Irene Goergens, Ingrid Schubert, Brigitte Asdonk, Monika Berberich: 1 BERLIN 21, lehrter str. 61

Hans-Jürgen Donth: 1 BERLIN 13, heckerdamm 16

Peter Schult, Klaus-Dieter Hubert, Alois Aschenbrenner: 8 MÜNCHEN 90, stadelheimer str. 12

Margit Gaier-Czenki: 8 MÜNCHEN 90, am neudeck 10

Gerhard Titz: 8851 NIEDERSCHÖNFELD, jugendstrafanstalt

Fritz Teufel, Rolf Maurer: 891 LANDSBERG, hindenburgring 12

Edgar Wolz: 8214 BERNAU, postfach 23/5509

Heine Schoof, Rolf Pohl: 844 STRAUBING, äussere passauer str. 90

Karl Gaiser: 54 KOBLENZ, simmernstr. 14a

Astrid Proll: 5 KÖLN 30, Rochusstr. 350

Heinrich Jansen, Manfred Schott: 75 KARLSRUHE, postfach 1661

Marianne Herzog: 65 MAINZ, dieter von isenburg-str. 2, zusatz: 75 KARLSRUHE, BGH, ermittlungsrichter Buddenberg

Richard Preindl, Edmund Bach, Roland Otto, Karl-Heinz Kuhn: 8602 EBRACH, jugendstrafanstalt

Rolf Heißler: 89 AUGSBURG, karmelitengasse 12

Rèné Menges: 2 NORDERSTEDT 2, glasmoor, gefängnis

Rudi Bunkowski: 334 WOLFENBÜTTEL, am ziegenmarkt 10

Werner Hoppe, Margrit Schiller, Wolfgang Grundmann, Manfred Grashof: 2 HAMBURG 36, holstenglacis 3-5, u-haft

Till Meyer: 48 BIELEFELD, postfach 220

Ilse Bongartz, Bernd Morosow, Harry Eisermann: 32 HILDESHEIM, landgericht, 3. strafkammer

SPK-HEIDELBERG: Carmen Roll, Wolfgang Huber, Ursel Huber: staatsanwaltschaft, 75 KARLRUHE, z.hd. oberstaatsanwalt Frank

Kleinanzeigen

Kinder gesucht: 3,5j. Mädchen und 4,5 bis 5j. Mädchen oder Jungen (gemeinsame Einschulung), Mitarbeit der Eltern, Kosten: 10 Prozent vom Nettoeink.Mi. bis Fr.: 822 74 07; Di., 20 Uhr Elternabend im Kinderladen Blissestr. 70.

(Schöne; d.Red.) Abendschülerin sucht Seperatzimmer oder Wohnung mit Zentralh. für sich und ihre 2 Katzen. Bis 120 DM. Und Mitfahrergelegenheit nach Wien, Juli/August. Frieda Parmeggiani, B.31, Landhauser Str. 11.

Schallplatten zu verkaufen ab 5 DM: Jazz, Folklore, Chanson, Blues..., Gabriele 391 65 26

Ihr Kacker vom "Hochschulkampf"! Ihr habt Trikont in München Eure Adressenkartei versprochen. Schickt sie ihnen nun endlich zu!

Schreibarbeiten übernimmt 741 99 45, auf IBM-Executive!

Suche Job in einer Kneipe. Angebot an Michael Krebs, B. 36, Manteufelstr. 5

Horex Regina IV, einzyl., 4takt, ohv, 22 PS, zu verkaufen. Ab 17 Uhr: 412 56 39

Fahrbereiter VW, Bj. 61, Tüv bis Juli 73!! Austauschmasch. 27 000 km, leichter Getriebesch.: 250 DM; W. Ulbrich 304 83 06

NOTIZEN

Die linksradikale, marxistische gruppe Manifesto erhielt bei den parlamentswahlen in Italien am 6. und 7. mai 223 789 stimmen. Das sind 0,7 prozent der gültigen stimmen. Damit konnte sie ihren spitzenkandidaten, den anarchisten Valpreda nicht ins parlament entsenden.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, mit 6 500 mitgliedern grösste politische juristenorganisation der BRD, sprach sich in einem rechtspolitischen Kongress der SPD in Braunschweig gegen den Ministerpräsidentenbeschluss aus, der einem berufsverbot für linke gleichkommt.

Bei drei gleichzeitigen Vietnam-demonstrationen in Berlin meldete die polizei folgende teilnehmer-relationen: 1 800 teilnehmer beim "Falken-zug", 500 bei der "Liga gegen den Imperialismus" (KPD-Ohne-Arbeiter-Tarnorganisation) und 25 bei der kundgebung der KPD-ML (stalinisten).

Briefe von strafgefangenen, die beschwerden, beleidigungen oder angeblich falsche behauptungen enthalten, dürfen von der gefängnisverwaltung nur noch "angehalten", werden, müssen dann aber weiterbefördert werden. Das entschied das Bundesverfassungsgericht am 14. märz entsprechend dem grundrecht auf meinungsfreiheit.

Wie man hört, soll der Rote Konrad in seinem Testament den politischen Häftlingen 2 000 Mark vermacht haben.

Polnischer arbeiter korrigiert Marx: Als ein polnischer arbeiter von einer reise in den westen nach hause kam, fragten ihn seine kollegen, ob es denn stimme, dass der kapitalismus im sterben läge. Er antwortete: "Doch, das ist richtig, der kapitalismus stirbt ab - aber das ist ein schöner tod!"

Auflage dieser Nr.: 2 500 Exemplare. (Die Nr. 1 hatte eine Auflage von 1 800 Exemplaren.)



Kleinanzeigen kosten 2 DM in Briefmarken! Im Briefumschlag an SZ, B. 21, Stephanstr. 60

Rote Armee Fraktion...

zu isolieren. Sie sehen in der langen untersuchungshaft der genossen nur die lange untersuchungshaft, nicht die angst des systems vor den freien genossen der RAF. Sie sehen im rausschmiss von DKP-lehrern nur das ende des marsches durch die institutionen, nicht den anfang der revolutionierung der kinder und eltern, die erstickt werden soll. Sie sehen in allem nur die gegenwärtige bewegung, nicht die zukünftige, nur das schlechte, nicht das gute: Die dialektik von revolution und konterrevolution.

Wir sagen nicht, dass es leicht ist, guerilla zu machen, dass die massen nur darauf warten, sich der guerilla anzuschliessen. Wir glauben aber vor allem nicht, dass die situation von selbst umschlägt. Wir glauben nicht, dass die guerilla aus massenkämpfen spontan entstehen kann. Wir halten solche vorstellungen für unrealistisch. Eine aus massenkämpfen spontan entstehende guerilla ist das blutbad, nicht die guerilla. Wir glauben nicht, dass die guerilla sich als "illegaler stab" einer legalen organisation bilden kann. Der illegale stab würde zur illegalisierung der organisation führen, d.h. ihre liquidation, sonst nichts. Wir glauben nicht, dass der begriff von der guerilla von selbst aus politischer arbeit entstehen kann. Wir glauben, dass die möglichkeiten und spezifischen funktionen der guerilla im klassenkampf erst dadurch kollektiv denkbar, kollektiv fassbar werden, dass (wenn; d.Red.) die guerilla da ist, angesichts des terrors der bewusstseinsindustrie.

Wir haben gesagt: Erfolgsmeldungen über uns können nur heissen: verhaftet oder tot. Wir meinen damit, dass die entwicklung der klassenkämpfe selbst das konzept durchsetzen wird, aber nur dann, aber nur dann, wenn es noch nicht demoralisiert(e) sind, die sich nicht einfach hinlegen.

Wir meinen, dass die idee der guerilla, die Mao, Fidel, Ché, Giap, Marighela entwickelt haben, eine gute idee ist, dass niemand sie mehr vom tisch fegen kann, dass man die schwierigkeiten, sie praktisch durchzusetzen, unterschätzt hat, wenn man vor den schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, nur erschrickt, dass das auch eine unterschätzung der schwierigkeiten beinhaltet, mit denen die guerilla, wo sie schon weiter und in den massen verankert ist, zu kämpfen hat. Wir meinen, dass das berührungsangst ist vor dem eingeständnis dessen, was das kapital zu inscenieren bereit ist, wenn es um die sicherung seiner verwertungsbedingungen geht, womit es nie gezögert hat: In der Pariser Kommune nicht, 1918 in Deutschland nicht, 1933 nicht, in Algerien, Vietnam, Kongo, Kuba, Lateinamerika, Mozambique, Attika, Los Angeles, Kent, Augsburg und Hamburg nicht.

DIE EIGENTUMSFRAGE IN ALLEN BEWEGUNGEN ZUR HAUPTFRAGE MACHEN!

GEGEN DIE REAKTIONÄRE MILITARISIERUNG DIE REVOLUTIONÄRE GUERILLA PROPAGIEREN!

ÜBER SOLIDARITÄT

Der revolutionäre prozess ist eben deswegen einer, weil er die gesetze kapitalistischer warenproduktion und austauschs sich zum objekt macht und nicht ihr objekt ist. Er kann nicht mit den kriterien dieses marktes gemessen werden. Er kann nur mit den kriterien gemessen werden, die gleichzeitig die erfolgskriterien dieses marktes ausser kraft setzen.

Solidarität, indem sie nicht von den kriterien des Marktes ausgeht, setzt diese ausser kraft. Solidarität ist politisch, nicht erst als solidarität mit politischen, sondern als weigerung, nur unter dem büttel des wertgesetzes, nur unter dem aspekt von tauschwert zu handeln. Solidarität ist ihrem wesen nach herrschaftsfreies handeln, als solches immer widerstand gegen den einfluss der herrschenden klasse auf die beziehungen der menschen zueinander, als widerstand gegen die herrschende klasse immer richtig. Im sinne des systems sind leute, deren handlungen sich nicht an den erfolgskriterien des systems orientieren, ausgeflippte und trottel oder versager. Im sinne der revolution ist jeder, der sich solidarisch verhält, wer es auch sei, ein genosse.

Solidarität wird zur waffe, wenn sie organisiert und konsequent angewandt wird: gegenüber gerichten, polizei, behörden, vorgesetzten, spitzeln, verrätern. Wenn jede zusammenarbeit mit denen verweigert wird, ihnen keine informationen geschenkt, kein beweis erleichtert, keine mühe erspart, kein aufwandt abgenommen wird. Zur solidarität gehört: den liberalismus innerhalb der linken bekämpfen, widersprüche innerhalb der linken wie widersprüche im volk behandeln und nicht so, als seien sie der klassenwiderspruch.

Jede politische arbeit ist auf solidarität angewiesen. Ohne solidarität ist sie der repression schutzlos ausgeliefert.

"WIR MÜSSEN NACH MÖGLICHKEIT UNNÖTIGE OPFER VERMEIDEN. ALLE MENSCHEN IN DEN REIHEN DER REVOLUTION MÜSSEN FÜREINANDER SORGEN, MÜSSEN SICH LIEBEVOLL ZUEINANDER VERHALTEN, EINANDER HELFEN."

Aussageverweigerungs-Recht

5. Verbot der mündlichen und schriftlichen bezeichnung: Georg-von-Rauch-Haus - androhung disziplinarischer folgen.

6. Dienstliche anordnung, einen bericht über das haus und die jugendlichen zu schreiben.

Der leitende fürsorger bezeichnete unseren bericht als fachlich unqualifiziert, eine unverschämtheit.

Das macht unmissverständlich klar, dass wir uns nicht in einem freiraum bewegt haben, und dass es nichts als reine sozialstaats-illusion wäre, zu glauben, dass mit der schaffung vieler Rauch-Häuser das problem der berufspraxis gelöst wäre.

Die lehren, die wir als sozialarbeiter aus unseren erfahrungen im Rauch-Haus ziehen müssen, können nur in eine richtung gehen, nämlich, wie wir den teilen der bevölkerung, mit denen wir zu tun haben, helfen können, sich gegen die angriffe der bürokratie zu wehren und sich schliesslich durchzusetzen.

Wir müssen aber ganz klar sehen, dass diese unterstützung von seiten der bürokratie und des polizei- und justizapparates politisch bekämpft wird, und zwar mit juristischen hilfsmitteln.

Die erteilung der aussagegenehmigung für uns durch das Bezirksamt Kreuzberg ist deshalb ein teil des klassenkampfes von oben, weil wir als sozialarbeiter nicht bereit waren, als befehlsempfänder von bezirksamt und senat zu spuren, sondern weil wir an den bedürfnissen der jugendlichen des Rauch-Hauses ansetzten und ihren kampf gegen bevormundung und kontrolle durch staatliche stellen unterstützten.

Aber auch hier dürfen wir uns nicht der illusion hingeben, als hätten wir etwas am charakter der bürokratie geändert. Die verwaltung wird nicht aufhören, die jugendlichen unter druck zu setzen, die linken SPD-vertreter werden nicht aufhören, die jugendlichen mit progressiven phrasen vollzustopfen, um ihnen die sinne zu vernebeln, und die rechte SPD-führung und die CDU werden nicht aufhören, den polizeiapparat gegen die arbeiterjugendlichen zur unterdrükkung politischer aktivität einzusetzen.

Bürgermeister Abendroth erklärte am montag vormittag im rathaus Kreuzberg, als er von 500 sozialarbeitern und studenten aufgefordert wurde, die aussagegenehmigung zurückzuziehen: "Nein, das werden wir nicht tun und das dürfen wir nicht tun."

Damit hatte er eine lüge verbreitet, die er wenig später unter dem druck der versammlung zurücknehmen musste. Er musste nämlich zugeben, dass auch das bezirksamt die erfüllung öffentlicher aufgaben als gefährdet ansieht, wenn wir durch den zwang zur aussage unsere vertrauensbasis zu den jugendlichen verlieren. Wir wissen natürlich, dass das nicht seine meinung ist, aber er war gezwungen, dieses zugeständnis zu machen.

Wenn das bezirksamt die aussagegenehmigung trotzdem erteilt hat, so war das ein bewusster schritt, der zwei funktionen erfüllen soll:

1. Mit hilfe der bekannten vernehmungsmethoden der polizei und der gerichte sollen so viele informationen, wie irgend möglich, zusammengetragen werden, damit weitere vorwände für durchsuchungsaktionen der polizei gegen das kollektiv zusammengebastelt werden können.

2. Wir sollen vom kollektiv abgespalten werden, um uns dann besser - ohne solidarische unterstützung der jugendlichen - disziplinieren zu können.

Wir werden auf keinen fall aussagen, weder vor der politischen polizei, noch vor dem staatsanwalt oder dem richter.

Übrigens - nicht vergessen: Mandel an die FU!

Inhalt: Der Kampf um das Georg-von-Rauch-Haus und um das Aussageverweigerungs-Recht – RAF: Stadtguerilla und Klassenkampf – Mandel zur Frage der Gewalt Fat Freddy's Cat – Kleinanzeigen – Notizen

Impressum: Red.kollektiv „BA", verantwortlich für diese Nr.: M. Hölz, Kontaktad.: Sozialistisches Zentrum, 1 B. 21, Stephanstraße 60, Hof; Herausgeber: van der Lubbe-Brandstifter-Ges. m.b.H. e.V.

Das vergebliche Bemühen um einen Vietnam-Comic mit Happyend



















